



# STUDIE

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISRAEL

USA

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

DR. MICHAEL BORCHARD

DR. LARS HÄNSEL

MARC FRINGS

März 2016

## Ein schwieriges Beziehungsgeflecht?

### Umfrage: Die USA, Deutschland, Israel und die Palästinensischen Gebiete in der Gesamtsicht

#### Inhalt

##### ▪ Seite 3

I. Methodik und Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse

##### ▪ Seite 5

II. Der Blick auf Deutschland, die USA und die Pal. Gebiete aus israelischer Perspektive (Dr. Michael Borchard)

##### ▪ Seite 14

III. Der Blick auf Deutschland, Israel und die Pal. Gebiete aus amerikanischer Perspektive (Dr. Lars Hänsel)

##### ▪ Seite 20

IV. Der Blick auf Deutschland, Israel und die USA aus palästinensischer Perspektive (Marc Frings)

Schon der oberflächliche Blick auf das „Heilige Land“ weist zwei internationale Akteure auf, die wesentlich deutlicher als alle anderen ins Auge treten und in einem herausragenden Maß positive wie negative Emotionen wecken. Gemeint sind zum ersten die USA, die als verlässlicher Partner Israels Sorge für die Sicherheit dieses Landes tragen, aber auch als Ansprechpartner für die Palästinenser fungieren und Verständnis für ihren Wunsch nach einem autonomen Staat zeigen. Immer wieder haben sich amerikanische Präsidenten in der Beurteilung ihrer Amtszeit daran messen lassen müssen, welche Fortschritte sie im Friedensprozess im Nahen Osten erzielt haben. Wie auch immer eine Lösung dieses Konfliktes am Ende aussehen mag, ohne jede Form der amerikanischen Beteiligung ist sie schwer vorstellbar.

Gemeint ist zum zweiten Deutschland, das nicht zuletzt durch die militärische Zusammenarbeit und durch die hohe Anerkennung, die Angela Merkel in Israel genießt, zunehmend ein öffentlich relevanter und wahrnehmbarer Akteur in Israel geworden ist. Traditionell genießt Deutschland aber auch unter den palästinensischen Entscheidungsträgern Anerkennung und Glaubwürdigkeit in hohem Maße. Studien, wie die Umfrage der Stiftung aus dem Dezember 2014, weisen auf, dass sich beide Seiten neben den USA eine aktivere Rolle Deutschlands wünschen und das Land als „ehrlichen Makler“ im Konflikt empfinden.

Wer sich eingehender mit dem Beziehungsgeflecht auseinander setzen will, wer den Einfluss der jeweiligen Länder auf den Friedensprozess beurteilen will, muss sich nicht nur genauer ansehen, wie die jeweiligen Bevölkerungen über diese Akteure denken, sondern der muss sich auch die Wechselwirkungen ansehen, die zwischen diesen Akteuren wirken.

Der Zeitpunkt für eine solche Untersuchung ist aus verschiedenen Gründen relevant: Die Jahre 2014 und 2015 waren von den Debatten über das sich abzeichnende Abkommen mit dem Iran geprägt, das deutliche Auswirkungen auf das israelisch-amerikanische Verhältnis hat. Das Jahr 2016 ist bereits jetzt von den Präsidentschaftswahlen in den USA und dem beginnenden Wahlkampf geprägt, in dem immer wieder auch der Nahe Osten zur Sprache kommt. Zugleich ist der zeitliche Hintergrund dieser Studie von der schwierigen Sicherheitslage in dieser Weltgegend geprägt und den damit verbundenen Auswirkungen auf Europa und nicht zuletzt auf Deutschland, was die zunehmenden Flüchtlingsströme betrifft.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung und ihre Büros in Israel und den Palästinensischen Gebieten knüpfen mit dieser Studie an den Erfolg ihrer Untersuchung [„Das Heilige Land und die Deutschen“](#) an, die im Januar 2015, im Jahr des Jubiläums der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und Deutschland, vorgestellt worden ist und breite Beachtung in den Medien und in der akademischen Diskussion in den beiden Ländern gefunden hat. Diese erneute Umfrage gibt Gelegenheit auf die Erkenntnisse der Daten zurückzugreifen, die im



Konrad  
Adenauer  
Stiftung



Dezember 2014 erhoben worden sind, und auf dieser Basis neue Entwicklungen aufzuspüren.

In diesem Jahr wird das bisherige Umfragedesign vor dem Hintergrund der Wahlen in den USA allerdings durch eine außerordentlich wichtige neue Dimension ergänzt: Neben den Befragungen in Israel und in den Palästinensischen Gebieten wurde auch eine repräsentative Befragung in den Vereinigten Staaten durchgeführt. Die Studie ist dabei so angelegt worden, dass sich auch besondere Aussagen über die Einstellungen von jüdischen Amerikanern und von Amerikanern mit arabischer Zuwanderungsgeschichte treffen lassen.

Erneut wird mit dieser umfänglichen Studie wissenschaftliches Neuland betreten. Zwar sind immer wieder Studien erarbeitet worden, die Einzelaspekte des Themas in den Blick genommen haben, so zum Beispiel regelmäßige Befragungen von amerikanischen Juden über ihre Einstellung zur Politik Israels. Auch das amerikanisch-palästinensische Verhältnis ist immer wieder einmal untersucht worden. Eine verbundene Studie, die mit abgestimmten Fragebögen Gelegenheit zu direkten Vergleichen bietet und die sich intensiv mit dem Blick der Israelis und der Palästinenser auf Deutschland und auf die USA sowie mit der Perspektive der amerikanischen Bevölkerung auf den Nahen Osten und die Rolle Deutschlands beschäftigt, hat es bislang noch nie gegeben.



## I. METHODIK UND ZUSAMMENFASSUNG DER WESENTLICHEN ERGEBNISSE

### Zur Methodik der drei Umfrageteile

Die **Konrad-Adenauer-Stiftung in Israel** hat in Zusammenarbeit mit dem Institut „KEEVOON Strategies, Research and Communications Ltd.“<sup>1</sup> unter der Leitung von Mitchell Barack 1006 Israelis über 18 Jahren randomisiert telefonisch (einschließlich Festnetzanschlüsse und IP-Phones) befragen lassen. Der Fragebogen beinhaltete 68 Fragen, einschließlich einer Reihe von „offenen Fragen“, also Fragen ohne konkrete Antwortvorgaben.

Diese Fragen sind in drei Sprachen an die jeweiligen Bevölkerungsgruppen gestellt worden: In Hebräisch (zwischen dem 8. und dem 21. Februar 2016), in Russisch (zwischen dem 14. und dem 21. Februar 2016) sowie in Arabisch (zwischen dem 10. und dem 18. Februar 2016). Die Stichprobe ist nicht nur für die israelische Bevölkerung repräsentativ, sondern auch in Bezug auf den Anteil der genannten Sprachgruppen an der Gesamtbevölkerung. Sie enthält entsprechende Quoten zu Geschlecht, Alter und Wohnorten. Im russischen Bestandteil der Stichprobe ist entsprechend den Herkunftsländern quotiert worden. Im arabischen Bestandteil des Samples ist zudem entsprechend der vier maßgeblichen Wohnorte, in denen arabische Israelis leben, quotiert worden.

Die Fehlerquote der Umfrage liegt bei 3.16 Prozent.

Der gesamte Themenkomplex wurde im Vorfeld der Repräsentativbefragung durch insgesamt drei Fokusgruppen getestet (jüngere, säkulare Menschen in Tel Aviv, Menschen mittleren Alters und mittlerer Religiosität in Tel Aviv und arabische Israelis in Haifa). Die Fokusgruppen, deren Ergebnisse in diese Auswertung mit einfließen, wurden unter anderem auch als „Vortest“ für Fragestellungen in der quantitativen Umfrage genutzt.

Die **Konrad-Adenauer-Stiftung in Washington D.C.** hat gemeinsam mit dem Forschungsinstitut „Olive Tree Strategies“<sup>2</sup> unter der Leitung von Nathan Klein insgesamt 1000 Amerikaner über 18 Jahren zwischen dem 14. und dem 21. Februar 2016 randomisiert telefonisch (einschließlich Festnetzanschlüsse und IP-Phones) befragen lassen.

Die Stichprobe beinhaltet zusätzlich einen aussagekräftigen Anteil an amerikanischen Juden (301) und Amerikanern mit arabischer Zuwanderungsgeschichte (300), so dass sich auch aus dieser Perspektive abgesicherte und repräsentative Aussagen treffen lassen.

Die Fehlerquote der Umfrage liegt bei 3.16 Prozent.

Die **Konrad-Adenauer-Stiftung in den Palästinensischen Gebieten** arbeitet seit vielen Jahren vertrauensvoll mit der in Ramallah ansässigen Denkfabrik „Palestinian Center for Policy and Survey Research“<sup>3</sup> (PSR) zusammen. Der Kern der Zusammenarbeit besteht in einer viermal jährlich durchgeführten Umfrage zu aktuellen und langfristigen politischen Trends und deren Wahrnehmung in der palästinensischen Gesellschaft.<sup>4</sup> Gerade die jüngsten Umfrageergebnisse im Herbst 2015 haben ein breites öffentliches Echo erfahren.<sup>5</sup>

Für die vorliegende Umfrage wurden 1270 zufällig ausgewählte erwachsene Personen im Westjordanland und in Ost-Jerusalem (62 Prozent) sowie im Gaza-Streifen (38 Prozent) ausgewählt und interviewt. Alle Gespräche fanden zwischen dem 10. und 14. Februar 2016 an 127 zufällig ausgewählten Orten in persönlicher Form statt, d.h. es wurde nicht auf Telefoninterviews als Erhebungsmethode zurückgegriffen. Berücksichtigung fanden die Altersstruktur, der Bildungshintergrund und die Stadt-/Land-Verteilung der palästinensischen Gesellschaft, zu der auch ausgewählte Personen aus den Flüchtlingslagern der Palästinensischen Gebiete zählten. Damit ist die Repräsentation der palästinensischen Bewohner des Westjordanlandes, des Gaza-Streifens und von Ost-Jerusalem gewahrt. Jeder interviewten Person wurden 64 Fragen gestellt.

Die Fehlerquote der Umfrage beträgt 3 Prozent.

Vorab fanden am 31. Januar 2016 zwei nach Geschlechtern getrennte Fokusgruppeninterviews in Ramallah statt (mit jeweils zehn Teilnehmerinnen und Teilnehmern). So wurde der durchführenden Denkfabrik PSR die Gelegenheit gegeben, Fragen anzupassen, zu streichen oder zu ersetzen.

---

<sup>3</sup> Siehe <http://www.pcpsr.org>.

<sup>4</sup> Aktuelle Umfrageergebnisse sind abzurufen unter <http://goo.gl/pjMdHr>.

<sup>5</sup> Beispielhaft: Al Jazeera-Journalist Mehdi Hasan im Interview mit Dr. Saeb Erekat, 23.10.15, <http://goo.gl/zU1F1k>.

---

<sup>1</sup> Siehe <http://www.keevoon.com>

<sup>2</sup> Siehe <http://www.olivetreestrategies.com/about.html>.



### Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse der drei Umfragen

Die wesentlichen Ergebnisse des **israelischen Teils** dieser Umfrage lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

- Die Beteiligung Deutschlands an den Verhandlungen über ein Nuklearabkommen mit dem Iran hat keinerlei negative Folgen für die Beliebtheit Deutschlands in Israel. Sie bleibt stabil auf hohem Niveau. Erfreulicherweise ist die junge Generation inzwischen deutlich positiver eingestellt als noch im Dezember 2014.
- Die Ablehnung des Iran-Abkommens in Israel ändert nichts daran: Die USA bleiben in den Augen der Israelis mit sehr weitem Abstand der wichtigste Alliierte Israels, aber gefolgt von Deutschland als dem zweitwichtigsten Verbündeten. Unter den europäischen Ländern bleibt Deutschland ebenfalls auf dem Spitzenplatz der Beliebtheitskala. Die USA und Deutschland liegen ansonsten bei allen Werten – Eintreten für das Existenzrecht Israels, Vertrauen und Verlässlichkeit – als Partner Israels gleichauf.
- Bemerkenswert ist, dass inzwischen im deutsch-israelischen Verhältnis nicht mehr die Geschichte, sondern die gemeinsamen Interessen die wichtigste Begründung für das Verhältnis sind.
- Die deutsche Flüchtlingspolitik wird positiv aufgenommen und trägt zur Beliebtheit Deutschlands in Israel zusätzlich bei. Zum Teil wird Deutschland sogar als moralisches Vorbild dargestellt. Gleichwohl wird die Sorge deutlich, dass der hohe Anteil von Flüchtlingen die Beziehungen Deutschlands zu Israel verändern wird.
- Die deutsche Bundeskanzlerin bleibt einer der Motoren der guten Beziehungen mit einem sehr hohen Bekanntheitsgrad in Israel. Sie wird als internationale Leitfigur betrachtet. Ihr wird in Israel als einzige Politikerin zugetraut, einen Beitrag zum Frieden im israelisch-palästinensischen Konflikt leisten zu können.
- Der deutschen Außenpolitik werden in Israel die mit Abstand besten Noten ausgeteilt. Die eige-

ne israelische Außenpolitik wird deutlich kritischer bewertet.

- Die USA und Deutschland sind aus der israelischen Perspektive diejenigen, die als „ehrlicher Makler“ fungieren können. Eine aktive Rolle Deutschlands im Nahen Osten ist in Israel ausdrücklich erwünscht.
- Im Kontrast zur hohen Beliebtheit der USA und Deutschlands steht die zunehmende Weigerung auf der israelischen Seite von ihren wichtigsten Partnern Kritik anzunehmen, insbesondere gegenüber dem Siedlungsbau.
- Die Wahlen in den USA werden in Israel mit Interesse betrachtet und die Hoffnung auf eine Verbesserung der israelisch-amerikanischen Beziehungen stützt sich voll und ganz auf Hillary Clinton, die in Israel besonders deutlich bevorzugt wird, mit Ausnahme der russischstämmigen Juden in Israel, die Donald Trump klar bevorzugen.

Die wesentlichen Ergebnisse des **amerikanischen Teils** dieser Umfrage lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die Europäische Union wird von den Amerikanern als wichtiger Partner angesehen - nach Großbritannien und Israel. Auch Deutschland wird als einer der wichtigsten Partner der USA betrachtet: Innerhalb der EU liegt Deutschland auf Platz zwei (nach Großbritannien).
- Die Amerikaner haben eine sehr positive Meinung von Deutschland. Insbesondere auch die Außenpolitik Deutschlands wird positiv gesehen - positiver als die eigene US-Außenpolitik. Die Beziehungen mit Deutschland basieren auf Interessen, weniger auf gemeinsamen Werten.
- Die Bundeskanzlerin ist bekannt und erfreut sich besonderer Beliebtheit und Wertschätzung in den USA.
- Sehr positive Noten bekommt die Bundesregierung für die Flüchtlingspolitik. Angesichts der starken Zurückhaltung der USA bei der Aufnahme von Flüchtlingen ist dies besonders hervorzuheben.



- Die Kandidaten für die US-Präsidentschaftswahl werden insgesamt negativ gesehen. Für die Lösung des Nahostkonfliktes wird es als wenig erheblich betrachtet, welche Partei den nächsten Präsidenten stellen wird.
- Israel ist nach wie vor ein wichtiger Partner für die USA. Die Lösung des Nahostkonfliktes wird jedoch nicht als vorrangig für die außenpolitische Agenda des zukünftigen Präsidenten gesehen. Hier steht die Bekämpfung des IS und des internationalen Terrors ganz oben. An zweiter Stelle stehen die Beziehungen zu China.

Die wesentlichen Ergebnisse des **palästinensischen Teils** dieser Umfrage lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

- Das positive Deutschlandbild der Palästinenser, das bereits bei der ersten Umfrage 2014 ermittelt wurde, bestätigt sich: Man wünscht sich eine größere Rolle für Deutschland im Nahen Osten und sieht in Berlin den strategisch wichtigsten Partner innerhalb der EU.
- Während das deutsche Agieren in der Flüchtlingskrise sehr positiv aufgenommen wird, blickt man kritisch auf die deutsch-israelischen Beziehungen.
- Deutschland und die Deutschen werden im Vergleich zu den USA wesentlich positiver wahrgenommen: insbesondere glaubt man, dass die Deutschen den israelisch-palästinensischen Friedensprozess und die palästinensische Forderung nach einem eigenen Staat mehr unterstützen als die US-Amerikaner. Zudem profitiert Deutschland vom Bild eines „ehrlichen Mittlers“.
- Der Vorwahlkampf für die US-Präsidentschaftswahlen wird mit geringem Interesse verfolgt. Für eine Mehrheit steht bereits fest, dass es für die Lage zwischen Israelis und Palästinensern keinen Unterschied macht, welches der politischen Lager den nächsten US-Präsidenten stellen können.

## II. DER BLICK AUF DEUTSCHLAND, DIE USA UND DIE PAL. GEBIETE AUS ISRAELISCHER PERSPEKTIVE (DR. MICHAEL BORCHARD)

### Die Ausgangslage in Israel

Kein Ereignis hat die Diskussionen über die internationalen Beziehungen Israels im Jahr 2015 so beeinflusst, wie die Debatte über das Nuklearabkommen mit dem Iran. Der Abschluss dieser Vereinbarung ist so etwas wie ein „multipler Testfall“ für das Beziehungsgeflecht im Nahen Osten geworden.

Zum einen hat die anhaltende Debatte über diese Vereinbarung ohne jeden Zweifel das israelisch-amerikanische Verhältnis auf eine harte Probe gestellt und zu deutlicher Abkühlung auf der Regierungsebene geführt. Dazu hat nicht zuletzt der Konfrontationskurs beigetragen, den Benjamin Netanjahu vor etwas mehr als einem Jahr gegenüber den Vereinigten Staaten eingenommen hat. Sein Entschluss, gegen den Willen des Weißen Hauses die Einladung der oppositionellen Republikaner anzunehmen, am 3. März 2015 vor beiden Kammern des US-Kongresses zum Iran-Abkommen und den damit verbundenen Gefahren zu sprechen, noch dazu zwei Wochen vor den Knesset-Wahlen, hatte beim amerikanischen Präsidenten Barack Obama und in seiner Administration zu massiven Verstimmungen geführt.

Vorgeworfen wurde dem israelischen Premier nicht nur, mit seiner „Respektlosigkeit“ und dem offensichtlichen Bruch des Protokolls das israelisch-amerikanische Verhältnis zu gefährden. Der ehemalige israelische Botschafter Avi Primor klagte Netanjahu gar an, er habe diesen „Besuch hinter dem Rücken des Weißen Hauses zusammengekocht, um die bevorstehenden Wahlen in Israel zu beeinflussen“ und der frühere Finanzminister Yair Lapid fürchtete, die Rede werde „den Sicherheitsinteressen des Staates Israel schaden“. <sup>6</sup> Netanjahu hingegen betonte seine „moralische Verpflichtung“ angesichts dieser Gefahren seine Stimme zu erheben. Während in Jerusalem im rechten Teil des politischen Spektrums darauf spekuliert wurde, das sich das Verhältnis mit dem Ende der Amtszeit Obamas unter einem neuen Präsidenten wieder deutlich verbessern würde, haben viele linke

---

<sup>6</sup> Hier und im Folgenden: Die Zeit, Netanjahu beschwört Iran als Gefahr für die Welt, 3.3.2015, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-03/benjamin-netanjahu-usa-kongress-rede-barack-obama-atomprogramm-iran>.



Beobachter eine dauerhafte Beschädigung der Beziehungen befürchtet.

Zum anderen war zu erwarten, dass angesichts der vielfachen Warnungen in Israel, nicht zuletzt auch aus dem Munde Benjamin Netanjahus, dass man mit einem falschen Verhandlungsergebnis den „zweiten Holocaust“ riskiere, einen nuklearen Holocaust, der vom Iran ausgehen werde, die Debatte über dieses Abkommen auch Auswirkungen auf das deutsch-israelische Verhältnis haben würde – nicht zuletzt angesichts der traditionell intensiven wirtschaftlichen Verbindungen Deutschlands mit dem Iran.<sup>7</sup>

Die Tatsache, dass bei den „Fünf-plus-eins“-Gesprächen die „eins“ für Deutschland steht, hat allerdings überraschenderweise in der israelischen Presselandschaft so gut wie keine Rolle gespielt. Selbst die Tageszeitungen, die auf der rechten Seite des politischen Spektrums zu verorten sind, haben kaum Kritik an Deutschland geübt. In den Fokusgruppen, die im Rahmen dieser Studie in Israel durchgeführt worden sind, ist zwar nicht der deutsche Einfluss bei den Gesprächen mit dem Iran in Frage gestellt worden, aber es stand immer wieder die einhellige Vermutung im Raum, dass der deutsche Einfluss sogar schlimmere Entwicklungen verhindert habe.

Tatsächlich haben die Iran-Verhandlungen nicht den geringsten Einbruch bei der weiteren Aufwärtsentwicklung der hohen Beliebtheit Deutschlands in Israel verursacht. Vielmehr hat offensichtlich auch das Jubiläumsjahr 2015 mit seinen zahlreichen deutsch-israelischen Begegnungen, den gegenseitigen Besuchen der Staatspräsidenten und etlichen Feierlichkeiten erneut die hohe Qualität des Verhältnisses deutlich gemacht.

Im ganzen Verlauf des Jahres 2015 ist in Israel im Verhältnis zu Deutschland immer wieder die Flüchtlingsproblematik zum Thema gemacht worden. Der vorherrschende Tenor in den Medien war eine sorgenvolle Betrachtung der Entwicklung, verbunden insbesondere mit der unverhohlenen geäußerten Angst, dass die Aufnahme von muslimischen Flüchtlingen einen Anstieg des Antisemitismus und möglicherweise auch des Terrorismus in Deutschland mit sich bringen würde.

Ebenso gehört zur Ausgangslage in Israel zum Zeitpunkt dieser Befragung die anhaltende Anschlagdichte in Israel, die nicht nur das persönliche Sicherheitsgefühl der Menschen zunehmend beeinträchtigt, wie viele Studien zeigen, sondern im Land auch immer wieder den Ruf nach internationalen Anstrengungen zur Beilegung der Gewalt und zur Deeskalation laut werden lässt.

Im Zuge der Regierungskonsultationen im Februar 2016 ist deutlich geworden, dass die Stagnation im Friedensprozess nach dem Antritt der rechten Regierungsmehrheit im späten Frühling 2015 auch das bilaterale Verhältnis der beiden Länder und der Regierungschefs beeinträchtigt. Die offensichtliche Fehlinterpretation einer Äußerung der deutschen Bundeskanzlerin, die eben diese Stagnation beklagt hatte, als angebliche deutsche Distanzierung von der Zweistaaten-Lösung in den israelischen Medien, ist ein Zeichen dafür, dass die Perspektiven sich beim Friedensprozess eher auseinander entwickeln.<sup>8</sup>

### Das Deutschlandbild in Israel

Vor diesem Hintergrund ist die Frage, wie sehr sich die Sicht der Bevölkerung vom Narrativ der Regierung oder von der medialen Darstellung in Israel, aber auch in den USA, unterscheidet von außerordentlich hoher Bedeutung. Verändert sich das Deutschlandbild in den Augen der Öffentlichkeit? Haben die Entwicklungen im Verhältnis zu den USA tatsächlich auch Niederschlag in den Auffassungen der israelischen Bevölkerung gefunden und welche Auswirkungen hat das wiederum auf das deutsch-israelische Verhältnis?

Die Mehrheit der Bevölkerung in Israel und den USA sind unzufrieden mit der Richtung, in die sich ihr jeweiliges Land politisch bewegt. 57 Prozent der Befragten in Israel und 61 Prozent der Befragten in den USA äußern sich entsprechend kritisch. In der „Dunkelheit“ dieser negativen Einschätzungen gegenüber den nationalen und internationalen politischen Entwicklungen leuchtet der deutsche Stern in beiden Ländern noch einmal deutlich heller.

67 Prozent der Befragten haben in Israel eine positive bis sehr positive Meinung über Deutschland. Erstaunlich ist der hohe Grad der Stabilität dieser Werte im Zeitver-

---

<sup>7</sup> Paul Bedard, *Netanyahu warns of second Holocaust from Iran*, *Washington Examiner*, 15.4.2015, <http://www.washingtonexaminer.com/netanyahu-warns-of-second-holocaust-from-iran/article/2563105>.

---

<sup>8</sup> Dr. Michael Borchard, Anna Jandrey: *Deutsch-Israelische Regierungskonsultationen: Die Gemeinsamkeiten überwiegen*, *Länderbericht*, 23.2.2016, [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_44297-1522-1-30.pdf?160224095443](http://www.kas.de/wf/doc/kas_44297-1522-1-30.pdf?160224095443).

lauf: 2007 hatten 67 Prozent eine hohe bis sehr hohe Meinung, 2009 waren es 65 Prozent und 2014 68 Prozent.<sup>9</sup> Über die Gründe für diese positiven Einstellungen hat die letzte Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung mit dem Titel „Das Heilige Land und die Deutschen“ detailliert Auskunft gegeben.<sup>10</sup>

Die Konfliktlinien entlang derer sich die Beliebtheit Deutschlands entscheidet sind im Vergleich zum Dezember 2014 gleich geblieben: Je jünger und je religiöser die Israelis sind, je ländlicher sie wohnen, je mehr sie sich für rechte Parteien entscheiden, desto skeptischer sind sie gegenüber Deutschland. Ebenso bleibt der weibliche Bevölkerungsanteil deutlich zurückhaltender gegenüber Deutschland als der männliche Anteil.

### Bei jungen Israelis steigt die Zustimmung zu Deutschland

Hier gibt es nur beim Alter eine bemerkenswerte und erfreuliche Abweichung gegenüber der Studie vom Dezember 2014. Unter den 18-29-jährigen haben inzwischen rund 69 Prozent eine positive bis sehr positive Meinung von den Deutschen. Dazu trägt ganz offensichtlich die hohe Attraktivität Berlins bei den jungen Israelis nicht ganz unmaßgeblich bei. Diese Verbesserung ist in ihrer Gesamtwirkung dennoch nicht zu unterschätzen. Denn in den letzten Jahren hat sich in vergleichbaren Umfragen und Studien eher eine wachsende kulturelle Entfremdung der beiden jungen Generationen abgezeichnet.

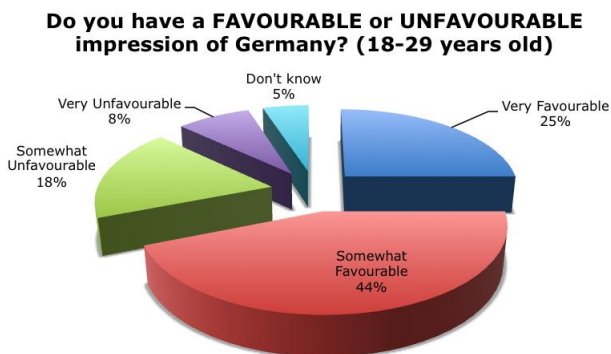


Abb. 1: Das Deutschlandbild junger Israelis

<sup>9</sup> Alle vorhergehenden Umfragen, die zur Rolle Deutschlands in Europa 2007 und 2009 sowie zum Deutschlandbild in Israel und den Palästinensischen Gebieten 2014 durchgeführt worden sind, können kostenlos über die Webseite des Büros Israel unter [www.kas.de/israel](http://www.kas.de/israel) angefordert werden.

<sup>10</sup> Michael Borchart, Hans Heyn: Das Heilige Land und die Deutschen, 11.1.2015, <http://www.kas.de/wf/de/33.40104/>.

Interessant ist an dieser Stelle der Vergleich mit den amerikanischen Daten. Während mit 75 Prozent noch mehr Menschen in den USA eine hohe Meinung von Deutschland haben als in Israel sind die amerikanischen Juden mit 55 Prozent deutlich skeptischer als der jüdische Bevölkerungsanteil in Israel (64 Prozent positive Meinung). Hier wirkt ganz offensichtlich nach, dass viele amerikanische Juden durch den Holocaust betroffen waren. Sowohl die israelischen Araber als auch die Amerikaner, die eine arabische Zuwanderungsgeschichte haben, weisen mit exakt gleichen Werten (82 Prozent) die bei weitem höchste Zustimmungsgate gegenüber Deutschland auf.

Was die Rolle der israelischen Araber anbetrifft, so zeichnet sich in dieser Befragung wie auch in den bisherigen Umfragen, die die Konrad-Adenauer-Stiftung durchgeführt hat und bei denen es zur gleichen Zeit Befragungen in Israel und in den Palästinensischen Gebieten gegeben hat, eine bemerkenswerte Entwicklung ab: Die arabischen Israelis sind den jüdischen Israelis in ihrem Abstimmungsverhalten deutlich ähnlicher als den Palästinensern in den Autonomiegebieten. Die Frage, ob sich hier so etwas wie eine eigene Identität der arabischen Israelis herausbildet, wird die Konrad-Adenauer-Stiftung Israel im Verlaufe des Jahres zum Gegenstand weiterer Forschungsarbeiten machen.

Dem genannten Befund steht die wachsende faktische Entfremdung der beiden Bevölkerungsteile in Israel gegenüber, die Untersuchungen zufolge immer weniger voneinander wissen.<sup>11</sup> Immer wieder hat es im Zuge der Terrorangriffe, die unter anderem auch von arabischen Israelis ausgegangen sind, schmerzhaft und gelegentlich unfair geführte Debatten über die Loyalität und „Zuverlässigkeit“ der arabischen Israelis gegeben. Ebenso sind immer wieder Gesetzesvorhaben, wie das sogenannte „Jewish Nation-State-Law“, in der Diskussion, bei dem die Befürchtung besteht, dass der arabische Bevölkerungsteil Nachteile erleiden muss. Vor dem Hintergrund dieser Daten ist das damit zum Ausdruck gebrachte Misstrauen gegenüber den arabischen Israelis offensichtlich ungerechtfertigt.

<sup>11</sup> Umfrage des Achva-College. Zitiert nach: Israel heute, Umfrage zeigt tiefe Gräben in israelischer Gesellschaft, 21.5.2014, <http://www.israelheute.com/Nachrichten/Artikel/tabid/179/nid/27135/Default.aspx>.





### Große Vorliebe für die amerikanischen Partner

Bei der Frage nach dem wichtigsten internationalen Alliierten Israels ist die Dominanz der Vorliebe für den amerikanischen Verbündeten geradezu erdrückend: Rund 78 Prozent der Israelis sehen die USA als erste Wahl, nur verschwindend geringe zwei Prozent würden sich für Deutschland als erste Wahl entscheiden und ein Prozent für Russland. Ebenso wie die deutsch-israelische Militärzusammenarbeit die Beziehungen aus israelischer Sicht bestimmt, ist neben den engen Verwandtschaftsbeziehungen die amerikanische Militärhilfe und Zusammenarbeit, die auch Präsident Obama kontinuierlich erhöht und vertieft hat, ein wichtiger Grund für die nach wie vor besonders guten Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern.

Auch die Enttäuschung über das Iran-Abkommen in Israel vermag es nicht, die Intensität der Beziehungen zwischen den beiden Ländern auch nur einen Jota zu schmälern. In den Fokusgruppen ist nicht nur die hohe Emotionalität dieser Verbundenheit deutlich geworden, sondern auch die explizite Angst, dass sich Amerikas Macht und Einfluss im Niedergang befinden – mit entsprechenden Folgen für Israel.

Aufschlussreich ist die Nennung des zweitwichtigsten Verbündeten: Hier steht Deutschland mit 21 Prozent an der Spitze der Liste, gefolgt von Großbritannien mit 11 Prozent. Interessant ist, dass dabei die in Israel viel geschmähte Europäische Union – wenngleich auf der gleichen Stufe mit Russland – mit 8 Prozent firmiert. Bemerkenswert ist auch, dass regionale Faktoren, wie zum Beispiel das für die Sicherheit Israels so überaus wichtige Nachbarland Jordanien, nur von drei von 1006 Befragten genannt wird. Lediglich bei der Frage nach dem zweitwichtigsten Verbündeten firmiert Ägypten mit 3 Prozent und Jordanien mit einem Prozent.

Bei der Frage, mit welchem Land in Europa sich die Israelis die engsten Beziehungen wünschen, steht Deutschland mit 33 Prozent auf dem Spitzenplatz – ohne signifikanten Unterschied unter den Bevölkerungsgruppen – gefolgt von Großbritannien mit 25 Prozent und Frankreich mit 14 Prozent. Bei den amerikanischen Juden gibt es hier eine signifikante Abweichung, die mit der jeweiligen Herkunft und den familiären Wurzeln zusammenhängen wird: Hier wünschen sich 63 Prozent, dass Großbritannien die engsten Beziehungen mit Israel hat und nur 11 Prozent sehen hier Deutschland an der ersten Stelle.

### Gemeinsame Interessen werden wichtiger als die Geschichte

Eine bemerkenswerte Veränderung hat es bei der Frage gegeben, ob es eher die Geschichte oder die gemeinsamen Interessen sind, die das Verhältnis Deutschlands und Israels zueinander bestimmen. Es sind inzwischen mit 39 Prozent mehr Israelis die denken, dass die gemeinsamen Interessen im Vordergrund stehen. Lediglich 34 Prozent meinen, dass die gemeinsame Geschichte das stärkste Band zwischen den beiden Nationen bildet.

#### And, when thinking about Israelis and Germans, do you think the relationship is based more on common...

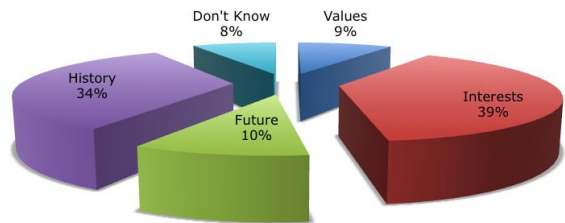


Abb. 2: Die Basis der deutsch-israelischen Beziehungen

Die gemeinsamen Werte hingegen, die immer wieder in Reden beschworen werden, spielen mit 9 Prozent – jedenfalls in den Augen der Bevölkerung – keine dominante Rolle. Ende 2014 hatte noch eine Mehrzahl der Israelis die Auffassung, dass die historischen Beweggründe klar an der ersten Stelle stehen.

Aus diesem Grund sind die jährlichen Regierungskonsultationen, wie zuletzt im Februar 2016, weit mehr als nur freundliche Absichtserklärungen, sondern aus der Perspektive Israels ein Ausdruck des Willens des israelischen Volkes. Dass die Beziehungen zwischen Deutschland und Israel niemals „normale“ Beziehungen sein werden, ist in vielen Aufsätzen und Publikationen zutreffend beschrieben worden. Diese positive Entwicklung macht jedoch deutlich, dass neben der Säule der historischen Verantwortung auch die Säule der engen Zusammenarbeit für die Tragfähigkeit des Gebäudes der gemeinsamen Beziehungen eine entscheidende Rolle spielen wird und weiter gestärkt werden muss.

Wenn man dem Bild Glauben schenkt, das in der israelischen Presse überwiegend gezeichnet wird, dann gibt es angeblich eine neue Gefährdung dieses Gebäudes und es überwiegen in Israel die Sorgen darüber, dass die Aufnahme von Flüchtlingen Deutschland zum Schlechteren





verändern wird. Kommentare malen nicht selten das Szenario an die Wand, dass Antisemitismus und Terrorismus in dramatischem Maße zunehmen und dass in der Folge diese Entwicklungen auch Auswirkungen auf die Beliebtheit des deutschen Volkes und seiner Repräsentanten in Israel haben werden. Die israelische Bevölkerung teilt diese Einschätzung weit überwiegend nicht.

### Positive Beurteilung der Flüchtlingspolitik

Wenngleich in den Fokusgruppen neben wirtschaftlichen Interessen als Grund für die deutsche Flüchtlingspolitik immer wieder auch die Vermutung angestellt worden ist, dass Deutschland mit seiner humanen Politik gegenüber den Flüchtlingen auch ein Stück weit seine historische Schuld abtragen will, ist die Beurteilung Deutschlands auch in dieser Frage sehr positiv. 56 Prozent der Israelis sagen, dass die Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien ihren Blick auf Deutschland positiv beeinflusst. 36 Prozent haben aufgrund dieser Politik einen negativeren Eindruck von Deutschland. Neben den israelischen Juden teilen auch die amerikanischen Juden diesen Eindruck. Hier sind es sogar 57 Prozent die aufgrund der Flüchtlingspolitik eine bessere Meinung über Deutschland haben.

**As a result of Germany accepting 1 million refugees, do you have a more favorable or less favorable impression of Germany?**

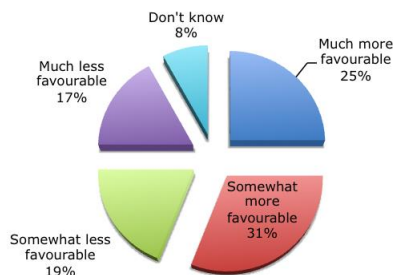


Abb. 3: Das Deutschlandbild im Hinblick auf die deutsche Flüchtlingspolitik (israelische Perspektive)

Diese offensichtliche Bewunderung für Deutschland und die Politik der deutschen Bundeskanzlerin führen zu einer interessanten Diskussion in Israel: Von israelischen Journalisten wird mitunter auf den problematischen Umgang mit Asylbewerbern im eigenen Land hingewiesen (Israel hat unter allen westlichen Nationen die geringste Anerkennungsquote bei Asylbewerbern). So schreibt die frühere Haaretz-Journalistin und Harvard-Dozentin Lily Galili: „Wenn Deutschland etwas tut, was sollte dann Is-

rael unter diesen Umständen tun – eine Nation, die vor allem von Flüchtlingen aufgebaut wurde?“<sup>12</sup> Deutschland diene in diesem Zusammenhang als „moralischer Kompass“, an dem man sich orientieren könne. Deutschland als Musterbeispiel für Humanität – in Israel kommt eine solche Einschätzung vor dem Hintergrund unserer Geschichte noch immer einem Wunder gleich.

Die israelische Öffentlichkeit bringt aber freilich im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise auch Sorgen zum Ausdruck. Nur 17 Prozent der Israelis glauben, dass die Flüchtlingspolitik auf das deutsch-israelische Verhältnis unmittelbar positive Auswirkungen habe. Diese Einschätzung wird auch von den israelischen Arabern geteilt. Hier prophezeien nur rund 32 Prozent, dass sich die Beziehungen gerade im Lichte der Flüchtlingspolitik weiter verbessern. Diese Beurteilung entspringt aber weniger der Skepsis gegenüber Deutschland als vielmehr der Tatsache, dass ein überaus kritischer Blick auf Muslime in Israel sehr viel deutlicher an der Tagesordnung ist als in anderen Ländern. Deutlich wird diese israelische Einstellung an einer besonderen „Episode“ des US-Wahlkampfes: Wenige Tage nach dem Terroranschlag im kalifornischen San Bernadino, Anfang Dezember 2015, sprach sich der amerikanische Präsidentschaftskandidat Donald Trump für ein temporäres Einreiseverbot für Muslime in die USA aus. Trump ertete, nicht zuletzt auch vom amerikanischen Präsidenten, heftige Kritik für diesen Vorschlag. Obama warf Trump vor, er schüre mit solchen Bemerkungen die Islamophobie. In Israel hat allerdings eine deutliche Bevölkerungsmehrheit offensichtliche Sympathie für den Vorschlag. Rund 64 Prozent der Befragten gaben an, aufgrund dieser Äußerungen einen positiveren Eindruck von Donald Trump zu haben. Überraschend ist dabei die Fußnote, dass mit 66 Prozent sogar ein leicht höherer Anteil der arabischen Israelis diese Äußerungen gutheißt.

### Überzeugende Botschaften der erfolgreichen Zusammenarbeit

Dem verhalten sorgenvollen Blick auf die Flüchtlingspolitik steht die überragend positive Würdigung von politischen Schritten auf der deutschen Seite gegenüber, die in Israel in den vergangenen Jahren das Gefühl hinterlassen haben, Deutschland stehe unverbrüchlich an der

<sup>12</sup> Lily Galili: *Nachdenkliche Stimme aus Israel: Angst wird über Menschenliebe triumphieren*, Deutsche Wirtschafts-Nachrichten, 19.9.2015, <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/09/19/nachdenkliche-stimme-aus-israel-angst-wird-ueber-menschenliebe-triumphieren/>.



Seite ihres Landes. Erneut ist in den Fokusgruppen in überragend klarem Maße deutlich geworden, dass aus israelischer Sicht die militärische Kooperation zwischen Deutschland und Israel den stabilen Motor des Verhältnisses bildet.

Auch Menschen, die einen geringeren Bildungsstand haben, verfügen über detaillierte Informationen, nicht nur über die deutsche Beteiligung an Verhandlungen zur Freilassung von israelischen Soldaten, wie im Falle des jahrelang von der Hamas gefangen gehaltenen Soldaten Gilad Shalit, sondern vor allem über die Lieferung von U-Booten, die nuklear bewaffnet werden können und im Falle eines atomaren Angriffs auf Israel die „Zweit-schlagskapazität“ sicherstellen. Wie sehr diese Unterstützungsleistungen das Bild Deutschlands beeinflussen, wird auch in der repräsentativen Bevölkerungsbefragung deutlich: 84 Prozent der Israelis geben an, dass sie aufgrund dieser militärischen Kooperation ein positiveres Bild von Deutschland haben.

Diese positive Beurteilung ist kein Wunder, wenn man bedenkt, dass die Armee in Israel ein Kernelement der nationalen Identität ist und einen überragend wichtigen Bezugspunkt aller gesellschaftlichen Entwicklung darstellt. In den Fokusgruppen ist auch immer wieder eine Verbindung zwischen der Politik Angela Merkels und der Bedeutung der militärischen Kooperation gezogen worden - unter der klaren Annahme, dass sich diese Zusammenarbeit unter ihrer Ägide weiter intensiviert hat.

Zwei andere „Botschaften“ aus deutscher Perspektive, die in Israel als Zeichen der Wertschätzung interpretiert werden und die ganz erhebliches Potential für eine weitere Verbesserung des Ansehens Deutschlands in Israel haben, erhalten ebenfalls außerordentlich hohe Zustimmungsraten. Das ist zum einen die Tatsache, dass israelische Staatsbürger mit einem Touristenvisum in Deutschland für sechs Monate einer Arbeit nachgehen können, ohne dafür das entsprechende Arbeitsvisum beantragen zu müssen. 80 Prozent der Israelis bestätigen, dass diese Regelung ihr Deutschlandbild positiv beeinflusst. Dabei mag auch die anhaltende Begeisterung junger Israelis für Berlin eine Rolle spielen.

Noch überragender ist die Beurteilung eines politischen Schrittes, der deutlich macht, welches außerordentliche Vertrauensverhältnis zwischen den Ländern entstanden ist und der an positiver Dramatik kaum noch zu überbieten ist. Gemeint ist das sogenannte Konsularabkommen zwischen Deutschland und Israel. Auf der Grundlage dieses Vertrages gewährt Deutschland in Ländern, in denen

Israel nicht über eine konsularische Vertretung verfügt, israelischen Bürgerinnen und Bürgern Schutz und Hilfe. In prekären Situationen im Ausland können sie sich an die deutschen Vertretungen wenden. Diese Tatsache erhält von 89 Prozent der Befragten die deutlichste Würdigung. Sowohl in Deutschland als auch in Israel lässt sich der Bekanntheitsgrad dieser Tatsachen noch steigern und es empfiehlt sich diese „good news“ immer wieder in die Kommunikation einzubeziehen.

### **Anhaltend hohe Popularität der deutschen Bundeskanzlerin**

Erneut, wie bereits in unserer Umfrage aus dem Dezember 2014, ist die deutsche Bundeskanzlerin bei diesen „good news“, bei der Beliebtheit Deutschlands in Israel, einer der bestimmenden Faktoren. Bemerkenswert ist zunächst der hohe Bekanntheitsgrad der Bundeskanzlerin in Israel. 66 Prozent der Israelis können - ohne jede Vorgabe - die Frage nach der derzeitigen deutschen Regierungschefin korrekt beantworten. 61 Prozent haben eine hohe bis sehr hohe Meinung von der deutschen Bundeskanzlerin. Besonders hoch ist die Beliebtheit der Kanzlerin traditionell beim jüdischen Bevölkerungsanteil mit 66 Prozent, aber auch 53 Prozent der arabischen Israelis schätzen die Kanzlerin. In den USA sind die amerikanischen Juden ebenfalls von Angela Merkel überzeugt mit 59 Prozent, die eine hohe bis sehr hohe Meinung von der Kanzlerin haben.

In den Fokusgruppen wurde als Grund für ihre Beliebtheit nicht nur ihre Verbundenheit mit Israel genannt, sondern auch ihre Stärke als politische Leitfigur. Mehrfach ist der in Israel mit großer Bewunderung ausgesprochene Begriff der „eisernen Lady“ gefallen.

Der deutschen Außenpolitik, da mag die hohe Begeisterung für Angela Merkel in allen Befragungsgebieten mit-schwingen, wird ein herausragend gutes Zeugnis ausgestellt. In Israel finden 56 Prozent der Befragten die Außenpolitik Deutschlands gut und nur 24 Prozent haben einen negativen Eindruck. Die eigene israelische Außenpolitik wird von 48 Prozent deutlich schlechter beurteilt. In der Beurteilung der amerikanischen Außenpolitik überwiegt sogar leicht der negative Eindruck (45 Prozent haben eine gute, 46 Prozent eine schlechte Meinung). Erwartungsgemäß kritisch wird mit nur 14 Prozent die Außenpolitik der palästinensischen Autonomiebehörde betrachtet.

Bemerkenswert ist die Tatsache, dass auch in Amerika der deutschen Außenpolitik die besten Noten gegeben



werden. 56 Prozent haben eine hohe und nur 18 Prozent eine negative Meinung. Auch die israelische Außenpolitik wird in den Vereinigten Staaten sehr positiv gesehen. Hier haben 49 eine positive und 33 Prozent eine negative Meinung. Das ist vor dem Hintergrund der massiven Kritik, die zumindest in der amerikanischen Administration über die israelische Politik in den vergangenen Jahren laut geworden ist, durchaus bemerkenswert. Die außenpolitische Strategie der palästinensischen Autonomiebehörde wird hingegen in den USA mit nur 12 Prozent noch negativer beurteilt als in Israel (14 Prozent).

Damit liegt die vorliegende Untersuchung, was die Beurteilung der deutschen politischen Rolle in der Welt anbetrifft, im Trend anderer Studien. Reihenuntersuchungen der GIZ<sup>13</sup> und des PEW<sup>14</sup> zeigen, dass Deutschland weltweit und insbesondere in den USA inzwischen eine internationale Führungsrolle zugemessen wird. In diesen Studien wird zugleich immer wieder deutlich, dass man sich wünscht, dass Deutschland eine noch aktivere Rolle zur Bewältigung von Krisen einnimmt. Bereits in der Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung zu den Einstellungen gegenüber Deutschland aus dem Dezember 2014 ist deutlich geworden, dass sich beide Seiten – Israelis und Palästinenser – eine aktivere Rolle Deutschlands wünschen. Ebenso ist sichtbar geworden dass man Deutschland innerhalb der Europäischen Union gerne eine aktivere Rolle zuweisen würde. Mehr als zwei Drittel der Befragten – und zwar sowohl in Israel als auch den USA – wünschen sich dieses höhere Maß an Aktivität. Das lässt freilich außer Acht, dass Deutschland sich in den kommenden Jahren in hohem Maße auf die Bewältigung der Herausforderungen der Flüchtlingskrise konzentrieren muss.

In einer weiteren noch unveröffentlichten Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung Israel zu den Beziehungen zwischen Israel und der EU sind die Israelis gefragt worden, welcher europäische Regierungschef nach ihrer Meinung zu einer nachhaltigen Friedenslösung im israelisch-palästinensischen Konflikt beitragen könnte. Die überragende Führungsrolle wird hier der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel zugewiesen.<sup>15</sup> 42 Prozent

<sup>13</sup> GIZ, *Deutschland in den Augen der Welt. Zentrale Ergebnisse der GIZ-Erhebung „Außensicht Deutschland – Rückschlüsse für die internationale Zusammenarbeit, Mai 2012*

<sup>14</sup> PewResearchCenter, *Germany and the United States: Reliable Allies. But disagreement on Russia, Global Leadership and Trade, Mai 2015.*

<sup>15</sup> *Unveröffentlichte Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung: Measuring the attitudes of Israelis towards Europe and the European Union. A Comprehensive Benchmark Survey. Veröffentlichungstermin März/April 2016.*

glauben, sie könne hier hilfreiche Wirkung entfalten. Weit abgeschlagen liegen der britische Regierungschef David Cameron mit 10 Prozent und der französische Präsident Francois Hollande mit 6 Prozent. Unter dem Strich wird nur noch Angela Merkel in Israel zugetraut, einen echten Akzent im Friedensprozess setzen zu können.

### Deutschland und die USA als die ehrlichen Makler im Konflikt

Bereits Ende 2014 hat eine Mehrheit der Israelis Deutschland die Rolle eines „ehrlichen Maklers“ zugewiesen (54 Prozent). Auch dies ein Begriff, den man angesichts der deutschen Geschichte besonders würdigen muss. In der vorliegenden Umfrage ist diese Frage variiert worden: Ermittelt werden sollte, welches Land oder welche internationale Organisation am ehesten diese Rolle des „ehrlichen Maklers“ einnehmen kann. Auch hier liegen die Vereinigten Staaten mit 30 Prozent deutlich an der ersten Stelle, aber erneut augenblicklich gefolgt von Deutschland. Den geringsten Einfluss billigt man hier der Europäischen Union zu. Ebenso abschätzig betrachtet man die Vereinten Nationen, ganz im Gegensatz zur Betrachtung dieser Institutionen in den USA, wie der amerikanische Teil dieser Auswertung zeigt.

#### Of the following countries or entities, which do you think can most effectively play the role of "honest broker" between Israelis and Palestinians?

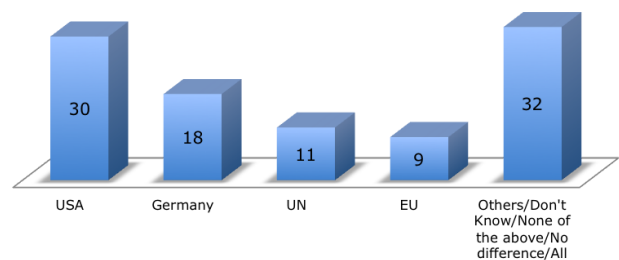


Abb. 4: Die Rolle des „ehrlichen Marklers“

Aus der israelischen Perspektive ist das Eintreten für das Existenzrecht Israels traditionell ein entscheidender Gradmesser für die Verbundenheit mit Israel. Die Tatsache, dass das Land seit seiner Gründung immer wieder mit erheblichen Bedrohungsszenarien konfrontiert ist und mit regionalen Akteuren, die dem Land ohne jede Zweifel seine Existenzberechtigung absprechen, ist dabei ausschlaggebend. Bei dieser Frage wird sowohl der amerikanischen als auch der deutschen Regierung ein überragend positives Zeugnis ausgestellt. Weit mehr als 80 Prozent glauben, dass beide Regierungen dieses Existenzrecht des israelischen Staates unterstützen. Der pa-



lästinensischen Autonomiebehörde allerdings bescheinigen nur 16 Prozent der Israelis, dass sie die Existenz Israels akzeptiert.

In engem Zusammenhang damit steht auch die Frage, ob Israel seinen Alliierten Deutschland und USA trauen und sich auf sie uneingeschränkt verlassen kann. Auch hier sind die Daten der beiden Länder (USA 67 Prozent, Deutschland 60 Prozent) beinahe auf der gleichen Stufe. Was die Akzeptanz der Zweistaatenlösung angeht, zeigen zwei Fragen in dieser Umfrage eine deutliche Kluft zwischen der israelischen Regierung und ihren amerikanischen und deutschen Partnern auf. Beiden Regierungen wird zu mehr als 70 Prozent bescheinigt, dass sie das Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat unterstützen. Lediglich 27 Prozent glauben, dass auch die israelische Regierung dieses Recht anerkennt. Die Aussage Angela Merkels, dass Deutschland eine besondere Verpflichtung habe, Israel zu unterstützen, gleichzeitig aber darauf bestehe, dass es auch einen eigenen Palästinenserstaat geben müsse, findet mit 56 Prozent nur eine knappe Mehrheit. Dies korreliert mit Befunden, die andere Untersuchungen der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Truman-Institutes der Hebräischen Universität seit Jahren im Abstand von einigen Monaten aufzeigen, nämlich dass die Unterstützung für die Zwei-Staaten-Lösung seit Jahren spürbar zurückgeht.<sup>16</sup>

### **Rolle des Siedlungsbaus im internationalen Beziehungsgeflecht**

Die Frage nach den Siedlungen im Westjordanland ist in diesem Zusammenhang und aus europäischer Sicht eine Kernfrage des Konfliktes zwischen Israelis und Palästinensern. Angela Merkel hat bei vielen Gelegenheiten unmissverständlich betont, wie sehr nach ihrer Ansicht die Siedlungen ein Hindernis auf dem Weg zu einem Frieden im Heiligen Land darstellen. In der deutschen Öffentlichkeit herrscht der Eindruck vor, dass diese Siedlungspolitik von einer breiten Mehrheit der Israelis unterstützt wird. Tatsächlich hat die Siedlungsfrage aber das Potential, die israelische Gesellschaft zu spalten. Mit 48 Prozent befürwortet zwar in der Tat eine knappe Mehrheit der Israelis den Siedlungsbau. 46 Prozent lehnen den Aus- und Neubau von Siedlungen im Westjordanland allerdings explizit ab. Wobei unter den israelischen Juden mit 53 Prozent eine deutlichere Mehrheit die Siedlungen positiv sieht.

Aufschlussreich ist bei der Frage nach den Siedlungen in Israel auch die parteipolitische Orientierung. Während die Parteieliten und Mandatsträger selbst auf der linken Seite nur sehr selten hörbar und spürbar auf Distanz zur Siedlungspolitik gehen, ist ihre Anhängerschaft hier sehr eindeutig aufgeteilt. Während die Anhänger des Likud die Siedlungen zu 70 Prozent befürworten und lediglich zu 21 Prozent ablehnen, sprechen sich 84 Prozent der Zionist-Union-Anhänger gegen die Siedlungen aus und nur 12 Prozent dafür. Spitzenreiter unter den Befürwortern ist HaBayit HaYehudi mit rund 92 Prozent. Diese Partei kann man also mit Fug und Recht als „die“ Siedlerpartei titulieren. Nicht ganz so eindeutig liegt bemerkenswerterweise der Fall bei Israel Beitenu. Hier sehen immerhin fast 37 Prozent die Siedlungspolitik kritisch und „nur“ 52 Prozent positiv. Auch die Oppositionspartei Yesh Atid fällt hier ein Stück weit „durch den Rost“: Fast 39 Prozent befürworten den Bau von Siedlungen.

Diese „Annäherung“ der beiden Oppositionsparteien vollzieht sich in Sachen Außenpolitik zunehmend ganz praktisch. Ende Februar 2016 kritisierten Yair Lapid, der Parteichef von Yesh Atid und Beitenu-Chef Avigdor Liberman in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit harschen Worten den Niedergang der israelischen Außenpolitik und die „Zerstörung“ seiner Allianzen, was zumindest im Falle des ehemaligen Außenministers Avigdor Liberman, der während seiner Amtszeit kaum für eine engagierte „Allianzpolitik“ bekannt war, nicht einer gewissen Ironie entbehrt.<sup>17</sup>

Die Regierungspartei „Kulanu“ hingegen mobilisiert interessanterweise eine Mehrheit von Siedlungsgegnern.

In diesem Fall ist der Vergleich mit den amerikanischen Zahlen mehr als bemerkenswert. Bei den Amerikanern ist zwar die Anzahl der Unterstützer der israelischen Siedlungspolitik mit 44 Prozent fast auf dem gleichen Niveau wie in Israel, allerdings fällt die Zahl der Gegner dieser Politik mit 32 Prozent deutlich geringer aus. Dabei ist besonders interessant, dass die amerikanischen Araber dem Siedlungsbau nicht überragend kritisch gegenüberstehen. Während hier 41 Prozent den Siedlungsbau befürworten, sind es lediglich 45 Prozent die dagegen sind. Um diesen Sachverhalt erklären zu können, bedarf es weiterer Forschung.

<sup>16</sup> Die gemeinsamen israelisch-palästinensischen Umfragen sind auf der Webseite der KAS-Israel für die vergangenen fünf Jahre abrufbar unter: <http://www.kas.de/israel/de/pages/11244/>.

<sup>17</sup> Herb Keiron: Lapid, Liberman gang up to attack PM's foreign policy, *The Jerusalem Post*, 29.2.2016, <http://www.jpost.com/Israel-News/Politics-And-Diplomacy/Netanyahu-Israel-ranked-the-eighth-strongest-country-in-the-world-446439>.



Eine massive Polarisierung ist in dieser Frage entlang der parteipolitischen Linien in Amerika zu konstatieren. 51 Prozent der Demokraten sind gegen den Siedlungsbau, bei den Republikanern, die sich Israel traditionell besonders verbunden fühlen, sind es gerade einmal 20 Prozent, die hier negativ auf die Siedlungen reagieren.

### Ablehnung von Einmischung und Kritik

In Israel wird der „Arabische Frühling“ nicht nur seit Jahren als klar gescheitert und seine „Hinterlassenschaften – zerfallende Staaten, staatsähnliche Terrorgruppen etc. – als Sicherheitsrisiko für Israel betrachtet. Vielmehr hat die Enttäuschung über die internationale Politik zu der Haltung beigetragen, dass Israel auf sich alleine gestellt sei und keine Hilfe von außen erwarten dürfe. Diese sichtbare und in den Konsequenzen fatale Tendenz zur Selbstisolierung geht mit einem klaren Verhaltensmuster einher, das auch in dieser Umfrage deutlich wird: Man verbittet sich immer deutlicher Kritik bei den Themen, die man in Israel in erster Linie als innenpolitische Fragen empfindet. Als eine solche innenpolitische Frage wird auch der Bau von Siedlungen in den Palästinensischen Autonomiegebieten empfunden.

In Israel versagen 57 Prozent ihrem mit Abstand wichtigsten Alliierten, den USA, das Recht, die Siedlungspolitik Israels zu kritisieren. Dass die Amerikaner selbst hier anders denken ist nicht sonderlich überraschend, wenngleich die Republikaner hier wie in anderen Fällen auch überdeutlich auf der Seite Israels stehen. Eine Mehrheit der Republikaner (54 Prozent) spricht dem eigenen Land das Recht ab, hier zu intervenieren. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die amerikanischen Juden hier anders denken: 52 Prozent schreiben den USA sehr wohl das Recht zu, die Siedlungspolitik zu kritisieren, nur 38 Prozent finden amerikanische Kritik ungerechtfertigt.

Der gleiche Effekt lässt sich gegenüber dem deutschen Verbündeten feststellen. Die Aussage von Angela Merkel, dass man im Hinblick auf die Zweistaatenlösung den Siedlungsbau als kontraproduktiv betrachte, wird von einer Mehrheit der israelischen Befragten kritisch gesehen (51 Prozent), nur 39 Prozent beurteilen diese Aussage positiv. Hier hat die hohe Popularität, die die deutsche Kanzlerin in Israel genießt, offenbar keinen spürbaren Einfluss auf das Meinungsbild.

Diese „allergischen“ Reaktionen gegen „äußere Einmischung“ bedeuten allerdings nicht, dass man die Zurückhaltung, die man anderen gerne auferlegen möchte, auch in Israel selbst an den Tag legen würde: Eine

Mehrheit der Israelis (52 Prozent) hält es für gerechtfertigt, dass der israelische Premierminister, Benjamin Netanjahu, mit seinem Auftritt vor dem Kongress tief in die amerikanische Politik eingegriffen hat. Lediglich 37 Prozent lehnen seine Intervention als nicht legitim ab.

### Hoffnungen auf den neuen US-Präsidenten

Im Zusammenhang mit den amerikanischen Präsidentschaftswahlen wird in Israel die Hoffnung gehegt, dass sich die amerikanisch-israelischen Beziehungen unter einem neuen Präsidenten oder einer neuen Präsidentin nach der spürbaren Distanz zwischen Benjamin Netanjahu und Barack Obama deutlich verbessern wird.

Die israelische Bevölkerung ist, dieser Umfrage zufolge, der Meinung, dass es der US-Präsident und der israelische Premierminister sind, die „Ton und Substanz“ der Beziehungen maßgeblich bestimmen. Eine Meinung, die in den USA geteilt wird und deshalb bemerkenswert ist, weil immer wieder die Vermutung laut wird, es seien Organisationen wie AIPAC, die „Lobby“ Israels in den USA, NGOs oder wer auch immer, die die Beziehungen bestimmen würden.

Die Israelis lassen hier eine klare Präferenz für die frühere Außenministerin Hillary Clinton erkennen, die traditionell als besonders proisraelisch gilt, was viele ihrer Äußerungen in der Vergangenheit haben erkennen lassen. Wenn die Israelis ihre Stimme bei der amerikanischen Präsidentschaftswahl abgeben könnten, dann würden sie sich der Umfrage zufolge mit großer Mehrheit für Hillary Clinton entscheiden, gefolgt von Donald Trump.

**In November of 2016 there will be elections for President of the United States, of any of the candidates that are currently running, whether Democratic or Republican, do you have a preference of who you would like to be elected President?**

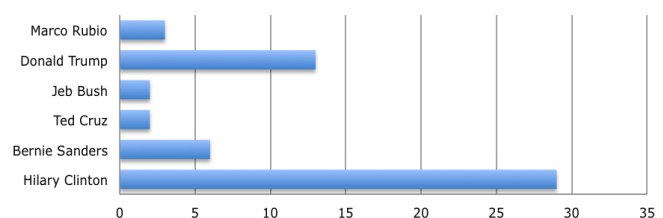


Abb. 5: Die israelischen Präferenzen im Hinblick auf die US-Präsidentschaftswahl 2016

Abgeschlagen ist interessanterweise der jüdische Kandidat Bernie Sanders. Solche Unterschiede sind bei Namensumfragen allerdings immer auch auf einen unter-



schiedlichen Bekanntheitsgrad zurückzuführen. Das wird deutlich, wenn man sich die Befragungsergebnisse bei den amerikanischen Juden ansieht: Hier steht Hillary Clinton auf dem ersten Platz der Beliebtheit, Bernie Sanders, aufgrund seiner höheren Bekanntheit in den USA, aber bereits auf dem zweiten und Donald Trump auf dem dritten Platz.

Bemerkenswert ist in Israel allerdings eine Abweichung einer spezifischen Bevölkerungsgruppe. Die Israelis russischer Herkunft haben eine deutliche Präferenz für Donald Trump. Die auch in anderen Umfragen gemessene Präferenz von Wählern russischer Herkunft für Kandidaten, die eine eher „autoritäre“ Aura verbreiten, kann eine Erklärung für diese deutliche Präferenz sein.

Überraschend ist ebenso die Tatsache, dass eine knappe Mehrheit in Israel der Auffassung ist, dass ein demokratischer Präsident besser für den Friedensprozess zwischen Israelis und Palästinensern wäre (37 Prozent Demokraten, 30 Prozent Republikaner), ebenso wie für die amerikanisch-israelischen Beziehungen (35 Prozent Demokraten, 33 Prozent Republikaner).

Die wissenschaftliche Betrachtung des Nahen Ostens und der amerikanischen Rolle in dieser Weltgegend ist immer wieder auch von der Frage durchzogen, ob sich die Vereinigten Staaten langfristig weniger stark in dieser Region engagieren und sich deutlicher den Herausforderungen im pazifischen Raum zuwenden werden. Vor diesem Hintergrund ist nicht ganz unbedeutend, welche Themen aus der Perspektive der Befragten in den jeweiligen Ländern an die erste Stelle gesetzt werden.

Sowohl in Israel als auch in den USA steht der IS mit weitem Abstand an der ersten Stelle (38 Prozent in Israel und 42 Prozent in den USA). Aus der israelischen Perspektive ist wenig überraschend, dass die nukleare Bedrohung durch den Iran (trotz des geschlossenen Abkommens) mit 15 Prozent an der zweiten Stelle und der israelisch-palästinensische Konflikt sowie die Auseinandersetzung mit Russland über den russischen Kurs in der Ukraine und in Syrien mit jeweils 8 Prozent an der jeweils dritten Stelle steht. Deutlicher abgeschlagen ist die nukleare Bedrohung durch Nordkorea und die Herausforderungen, die mit China in einem Zusammenhang stehen.

Für die These des wachsenden Desinteresses Amerikas am Konflikt zwischen Palästinensern und Israelis, möglicherweise aber auch als Ausdruck der Frustration über die Stagnation des Friedensprozesses, spricht die Tatsa-

che, dass die Amerikaner diesen Konflikt mit Abstand als die Herausforderung der neuen US-Administration sehen, die nach ihrer Ansicht von allen drängenden Fragen die geringste Priorität hat.

### **III. DER BLICK AUF DEUTSCHLAND, ISRAEL UND DIE PALÄSTINENSISCHEN GEBIETE AUS AMERIKANISCHER PERSPEKTIVE (DR. LARS HÄNSEL)**

#### **Die Ausgangslage in den USA**

Deutschland genießt in den Vereinigten Staaten hohes Ansehen. Zum positiven Bild trägt sicher die enge historische Verflechtung bei. Amerikaner mit deutschem Hintergrund sind in den USA die größte ethnische Gruppe – auch wenn sie so in der Öffentlichkeit nicht besonders sichtbar ist. Heute sind es vor allem die enger werdenden wirtschaftlichen Verbindungen, die dazu führen, dass Amerikaner Erfahrungen mit Deutschland machen. Deutschland wird zudem wahrgenommen als Staat, der als erster erfolgreich – und durch ein gutes Sozialsystem abgestützt – die Finanzkrise überwunden hatte, und eine starke, wettbewerbsfähige Wirtschaft besitzt.

Die USA hatten die Wiedervereinigung Deutschlands 1990 auch in der Hoffnung unterstützt, dass ebenfalls das vereinte Deutschland weiterhin eine positive Rolle in der westlichen Wertegemeinschaft spielen würde. Gleichzeitig war die Hoffnung, dass damit die Einigung Europas vorangeht und Europa damit im Wesentlichen befriedet und als Aufgabe „erledigt“ sei für die USA. Die Hoffnung, dass Deutschland eine positive Rolle spielen würde, ist aus Sicht der USA aufgegangen. Demgegenüber haben die USA in den vergangenen Jahren anerkennen müssen, dass Europa nicht „erledigt“ ist. War es vor fünf Jahren die Staatsschuldenkrise und später das mögliche Ausscheiden Griechenlands aus dem Euroraum, welche die USA als Bedrohung auch für die eigene Wirtschaft und die internationalen Finanzstabilität sahen, so schaut man nun mit Sorge auf die Flüchtlingskrise als eine bedrohliche Zentrifugalkraft, welche die Einheit Europas gefährdet. Deutschland spielt hier – wie auch bei anderen Fragen, wie etwa das Verhältnis zu Russland – eine Schlüsselrolle bei der Lösung der Probleme.

Die Herausforderungen für Europa werden auch deshalb genau beobachtet, weil Europa – und Deutschland als entscheidende Kraft in Europa – als wichtiger Partner in einer Welt gesehen wird, die komplexer geworden ist. Dies gilt nicht nur für Krisen wie die Lage im Nahen Osten und die Bedrohung durch internationalen (IS-) Ter-





rorismus, sondern es gilt insbesondere auch für das Erstarke von neuen Herausforderern der US-amerikanischen Interessen – allen voran China. In den USA wird anerkannt, dass man den globalen Herausforderungen immer weniger allein gerecht werden kann. Unter der Obama-Administration ist die Außenpolitik insgesamt passiver geworden. Diese Zurückhaltung, insbesondere gegenüber militärischem Engagement, war einerseits stark durch die Jahre der Bush-Administration beeinflusst. Andererseits haben die Finanzkrise und die hohen Staatsschulden in den USA auch dazu beigetragen, dass die Ressourcen auch für sicherheitspolitisches und außenpolitisches Engagement begrenzt sind.

Die Finanzkrise gilt zwar in den USA inzwischen als überwunden. Der Schiefergas-Boom und nun der niedrige Ölpreis haben sogar zu einer positiven Entwicklung der Wirtschaft beigetragen. Die Arbeitslosigkeit ist auf circa 5 Prozent gesunken (von knapp 10 Prozent in 2009). Allerdings ist die positive Entwicklung nicht bei allen angekommen. Insbesondere stagnieren die Löhne der Mittelschicht.

Segmente der Gesellschaft, vor allem die genannte Mittelschicht, fühlen sich von der Politik vernachlässigt. Die Erwartungen an Präsident Obama, aber auch an die Republikaner, die nun seit 2014 beide Häuser des Kongresses bestimmen, sind tief enttäuscht. Diese tiefe Enttäuschung über das dysfunktionale „Washington“ und die politische Klasse ist jetzt vor allem auch der Grund für den Erfolg der Kandidaten Bernie Sanders und Donald Trump. Die Zustimmung zu politischen Institutionen und zur politischen Elite ist sehr gering.

Dazu kommt, dass in der Wahrnehmung vieler Amerikaner bestimmte Themen von der Politik nicht ehrlich angesprochen und angegangen werden. Dazu gehört u.a. die Sorge über eine Bedrohung durch Terror. Diese Sorge ist in der Bevölkerung so hoch wie seit den Anschlägen vom 11. September 2001 nicht mehr.

Neben Europa ist auch Israel als einzige Demokratie im Nahen Osten nach wie vor einer der stärksten Verbündeten der USA. Israel gehört klar zur westlichen Wertegemeinschaft, gute Beziehungen sind im nationalen Interesse der USA. Die USA haben auch unter Obama ihre Militärhilfe an Israel stetig aufgestockt. Mit der Finanzierung des „Iron Dome“ hatten die USA zudem entscheidend zum Schutz vor einer akuten Gefährdung durch Raketen aus dem Gaza-Streifen beigetragen.

Jedoch war das Verhältnis zwischen Präsident Obama und Ministerpräsident Netanjahu von Anfang an gespannt. Obama hatte früh in seiner Amtszeit in seinem letztlich erfolglosen Bemühen um eine Lösung im Nahostkonflikt vor allem die israelische Siedlungspolitik kritisiert und damit insbesondere Druck auf Israel ausgeübt. Auch die späteren Friedensbemühungen von Außenminister Kerry blieben ohne Erfolg.

Zuletzt hatte jedoch vor allem das weitgehende Zugehen Präsident Obamas auf den Iran um einer Einigung in der Nuklearfrage willen in Israel hohe Besorgnis ausgelöst. Vor allem führte dies zu einem angespannten Verhältnis zwischen Ministerpräsident Netanjahu und Präsident Obama. Netanjahu hatte im vergangenen Jahr einen mit dem Weißen Haus nicht abgesprochenen Auftritt im Kongress dazu genutzt, Druck auf Obama auszuüben.

Der Nahostkonflikt ist angesichts der wahrgenommenen Bedrohung durch den IS wenigstens ein Stück weit in den Hintergrund der öffentlichen Wahrnehmung getreten, auch wenn sowohl unter den jüdischen wie arabischstämmigen Amerikanern die Situation genau verfolgt und weiterhin auf eine Lösung gehofft wird.

### **Europa und Deutschland als wichtige Partner der USA**

Fragt man die Amerikaner nach dem wichtigsten Verbündeten der USA, so bekommt man folgende Antwort: 26 Prozent sehen Großbritannien als wichtigsten Verbündeten. Israel liegt mit fast 19 Prozent auf Platz zwei, gefolgt von der Europäischen Union auf Platz drei. Besonders positiv hervorzuheben ist die starke Rolle, die der EU als wichtigem Partner der USA zugesprochen wird. Dies war nicht immer so. Allerdings wird zunehmend klar, welche Rolle die EU auch für die USA spielen – insbesondere handelspolitisch. Die Europäische Union ist ein grundsätzlich positiver Faktor. Diese positive Sicht geht quer durch alle abgefragten Segmente der Gesellschaft und ist noch einmal besonders überdurchschnittlich unter jungen Wählern der Demokraten (Altersgruppe 18-44: Rund 28 Prozent sehen die EU als wichtigsten Verbündeten) und unterdurchschnittlich generell bei Republikanern. Dies zeigt auch, dass Europa als gesellschaftspolitisches Modell mit starker Sozialgesetzgebung für viele junge Amerikaner attraktiv ist. Bis vor kurzem war es noch unvorstellbar, dass sich ein Kandidat wie Bernie Sanders als „demokratischer Sozialist“ bezeichnen und damit Erfolg haben kann, und dies vor allem bei jungen Wählern. Hier scheint sich eine gesellschaftliche Wandlung abzuzeichnen.





Die hohe Prozentzahl für Großbritannien dürfte vor allem historische Ursachen haben. Die „special relationship“ spielt nach wie vor eine wichtige Rolle. Auch sprachlich ist man sich nah – Medien aus Großbritannien werden auch in den USA konsumiert. Obwohl es bei der Befragung nicht um die politische Elite ging und die Antworten weniger mit strategischen Interessen, sondern mit kultureller Nähe zu tun haben dürften, so wird doch auch von den Eliten die Entwicklung der Beziehungen besonders beobachtet. Dass ein US-Präsident sich in die Diskussion um einen „Brexit“ hoch profiliert einmischt und das Interesse an einem Verbleiben in der EU artikuliert, gilt als erstaunlicher Vorgang – dürfte aber mit dem besonderen amerikanischen Interesse an Großbritannien zusammenhängen.

Daran, dass jedoch ebenso Israel nach wie vor als einer der wichtigsten Verbündeten der USA gesehen wird, hat sich auch angesichts der jüngsten Spannungen nichts geändert. Erstaunlich ist zudem, dass unter den arabischstämmigen Amerikanern Israel (mit 25 Prozent) als wichtigerer Partner angesehen wird, als Großbritannien (19 Prozent) und Europa (11 Prozent).

Fragt man danach, welcher Staat innerhalb der EU die engste Beziehung mit den USA haben sollte, dann ist auch hier eine Mehrheit für Großbritannien (ca. 42 Prozent), Deutschland liegt aber mit rund 30 Prozent auf Platz zwei. Dabei liegen wieder die demokratischen Wähler mit 35 Prozent über dem Durchschnitt (Demokraten 18-44 Jahre bei 44 Prozent!), während die republikanischen Wähler mit 25 Prozent leicht unter dem Durchschnitt liegen. Starke Befürworter hat Deutschland zudem unter arabischen Amerikanern (39 Prozent), gut Ausgebildeten (Akademiker 43 Prozent) und gut Verdienenden (über 100.000 Dollar: etwa 45 Prozent).

### **Deutschland und die Bundeskanzlerin besonders beliebt**

Nach Deutschland direkt gefragt, haben rund 75 Prozent eine gute Meinung von Deutschland, nur etwa 16 Prozent eine negative. Besonders positiv wird Deutschland bei Akademikern gesehen, die mit 82 Prozent über dem Durchschnitt liegen. Unter den jüdischen Amerikanern sehen 55 Prozent Deutschland positiv, 33 Prozent dagegen negativ. Die Geschichte spielt hier nach wie vor eine wichtige Rolle: viele amerikanische Juden haben nach wie vor ein ambivalentes Verhältnis zu Deutschland und es gibt viele, die bis heute nicht nach Deutschland reisen wollen. Arabische Amerikaner sehen Deutschland mit 82 Prozent hingegen besonders positiv.

Die Bundeskanzlerin ist bekannt und sehr beliebt unter den Amerikanern: mit einem Verhältnis von ca. 4:1 positiv zu negativ steht sie sehr gut da. Ca. 44 Prozent sehen sie positiv, nur 11 Prozent negativ (hierzu bitte Kasten). Dies ist vor allem dann erstaunlich, wenn man bedenkt, welches stark negative Ansehen politische Führungspersonlichkeiten in den USA genießen.

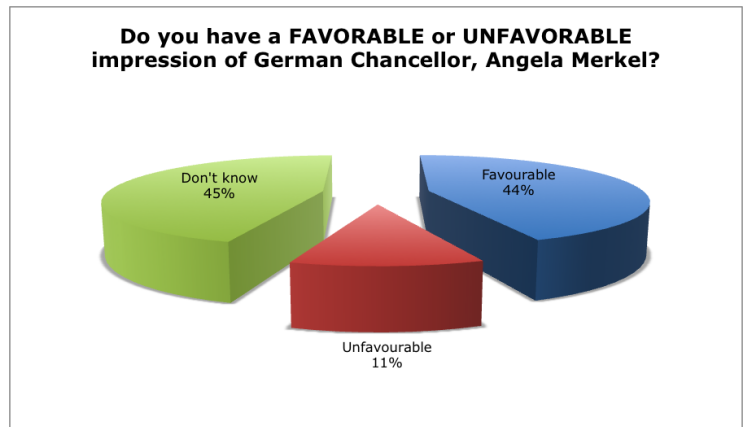


Abb. 6: Einschätzung der Amerikaner zu Angela Merkel

Bei jüdischen Amerikanern ist Angela Merkel mit 59 Prozent überdurchschnittlich beliebt, vor allem bei älteren Juden (55+ Jahre : 63 Prozent). Dies ist angesichts der ambivalenten Haltung der amerikanischen Juden zu Deutschland insgesamt besonders interessant und sagt etwas über die hohe Bedeutung von Angela Merkel für das Ansehen der Bundesrepublik aus. Bei arabischen Amerikanern steigt die Zustimmung zu Merkel auf 72 Prozent.

43 Prozent der Befragten können die deutsche Bundeskanzlerin korrekt mit Namen benennen – auch das eine hohe Zahl. Unter den 55-64-Jährigen liegen 56 Prozent richtig. Nur 3 Prozent, von denen die einen Namen nennen, machen bei der Benennung einen Fehler. Bei denjenigen, die die Bundeskanzlerin richtig benennen können, steigt das Ansehen auf 71 Prozent. Wer also die Bundeskanzlerin kennt, der bringt ihr laut der Umfrage auch Sympathie entgegen.

### **Beziehungen interessengeleitet, deutsche Außenpolitik positiv**

Die Beziehungen zu Deutschland sehen die Amerikaner vor allem basierend auf Interessen, weniger auf Werten. Rund 44 Prozent sehen Interessen im Vordergrund, 21 Prozent Geschichte, 19 Prozent Werte. Bei den jungen Amerikanern ist dies noch deutlicher: unter den 18-29-Jährigen sehen 53 Prozent Interessen als die Grundlage für die Beziehungen. Dies entspricht einem generellen



Trend in den USA, wonach internationale Beziehungen stark interessengeleitet gesehen werden – und weniger emotional. Internationale Partner werden eher mit Metaphern wie „Verbündete“ beschrieben, als mit emotionalen Metaphern wie „Freunde“. Werte kommen aber dann ins Spiel, wenn es um die Frage geht, mit wem die Interessen am besten wahrgenommen werden können.

Was die deutsche Außenpolitik betrifft, so schneidet sie in der Meinung der Amerikaner wie schon angedeutet im Vergleich mit der eigenen US-Außenpolitik besser ab. Eine Mehrheit findet die deutsche Außenpolitik mit rund 56 Prozent gut, nur 18 Prozent sehen sie negativ. Die eigene US-amerikanische Außenpolitik wird dagegen viel kritischer bewertet: 52 Prozent sehen sie positiv, mit 43 Prozent jedoch doppelt so viele negativ, wie die deutsche Außenpolitik. Kritischer wird auch die israelische Außenpolitik von Amerikanern gesehen (wenn auch nicht so kritisch wie die eigene Außenpolitik), mit 49 Prozent Zustimmung und 33 Prozent Ablehnung. Am negativsten wird jedoch die palästinensische Außenpolitik gesehen, mit 12 Prozent Zustimmung und 64 Prozent Ablehnung.

#### Do you have a FAVOURABLE or UNFAVOURABLE impression of the Foreign Policy of...

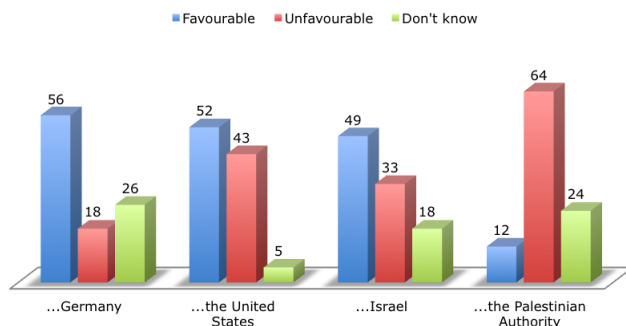


Abb. 7: Die Außenpolitik Deutschlands, der USA, Israels und der Palästinensischen Autonomiebehörde

Von Deutschland erwarten die Amerikaner eine aktive Außenpolitik. Dies wurde auch von der Obama-Administration immer wieder artikuliert. Mit der hohen Wertschätzung, die etwa Deutschland und der Bundeskanzlerin mit der Verleihung der „Medal of Honor“ 2011 an Angela Merkel zum Ausdruck kam, war immer auch die Erwartung verbunden, dass Deutschland sich außen- und sicherheitspolitisch stark engagiert. Dies spiegelt sich jetzt auch in den Zahlen wieder: 66 Prozent wollen, dass Deutschland außenpolitisch aktiver wird, nur 13 Prozent lehnen das ab. Unter männlichen Wählern der Demokraten ist die Erwartung mit rund 83 Prozent besonders hoch. Diese Erwartung verstärkt noch einmal die positive Bewertung der deutschen Außenpolitik.

#### Gute Noten für deutsche Flüchtlingspolitik

Die aktuelle Flüchtlingskrise wird in den USA nicht nur als bedrohliche Zentrifugalkraft für Europa gesehen. Für die Lösung der Krise schaut man besonders und mit Wohlwollen nach Deutschland und auf die Bundeskanzlerin. Eine Mehrheit trägt die Politik der Bundesregierung mit: rund 64 Prozent unterstützen die Entscheidung, die große Zahl von Flüchtlingen in Deutschland aufzunehmen, nur 29 Prozent sind dagegen. Jüdische Amerikaner liegen dabei im Durchschnitt, während arabische Amerikaner mit 88 Prozent die Entscheidung weit überdurchschnittlich unterstützen.

Die generell hohe Zustimmung ist auch deshalb interessant, weil die USA bislang nur eine sehr geringe Zahl von Flüchtlingen aus Syrien aufgenommen hat (ca. 1500) und in den nächsten zwei Jahren insgesamt nur 10.000 Flüchtlinge aus Syrien aufnehmen wollen. In der Bevölkerung gibt es eine weitreichende Skepsis gegenüber Immigranten, vor allem aus Syrien. 31 amerikanische Gouverneure hatten im Dezember 2015 erklärt, dass syrische Flüchtlinge in ihren Bundesstaaten nicht willkommen sind. Im Wahlkampf ist dies ebenso Thema: Donald Trump hat einen zeitweisen Einreisestopp für Muslime vorgeschlagen. Er punktet damit vor allem an der republikanischen Basis.

Unter Republikanern ist so auch die Unterstützung für die Politik der Bundesregierung zur Aufnahme von Flüchtlingen mit 48,4 Prozent geringer als bei Demokraten, welche mit 85,2 Prozent zustimmen. Auch unter jungen Amerikanern (18-29 Jahre) findet die Politik der Bundesregierung mit 81,4 Prozent besondere Unterstützung.

Die Entscheidung der Aufnahme von Flüchtlingen hat zu einem weiter wachsenden Ansehen Deutschlands und insbesondere der Bundeskanzlerin geführt. Ein Meinungsartikel in der Washington Post im September 2015 kontrastierte die Politik der Bundeskanzlerin mit der Haltung Donald Trumps gegenüber Immigranten und resümierte, dass es die Bundeskanzlerin sei, die hier die amerikanischen Werte vertrete. Ein zunehmendes Ansehen angesichts der Aufnahme der Flüchtlinge zeigt auch diese Umfrage: Bei rund 61 Prozent der Befragten steigt das Ansehen Deutschlands aufgrund dieser Entscheidung, bei nur 25 Prozent sinkt es. Während wiederum die jüdischen Amerikaner nahe am Durchschnitt liegen (rund 57 Prozent vs. 19 Prozent), steigt das Ansehen bei etwa 86 Prozent der arabischen Amerikaner, bei nur 7 Prozent von ihnen sinkt es.



Dagegen führt der Vorschlag Donald Trumps, zeitweise Muslime nicht in die USA einreisen zu lassen, bei 59 Prozent der Befragten dazu, dass sie deshalb eine schlechtere Meinung von Trump haben – bei 29 Prozent steigt er mit diesem Vorschlag im Ansehen. Bei den jüdischen Amerikanern ein ähnliches Bild: 59 Prozent vs. 31 Prozent, bei den arabischstämmigen Amerikanern sinkt Trump im Ansehen bei 52 Prozent, steigt aber immerhin bei 42 Prozent im Ansehen. Das ist ein erstaunliches Ergebnis, könnte wohl aber damit zusammen hängen, dass länger im Land lebende und inzwischen etablierte arabischstämmige Amerikaner eine weniger solidarische Haltung gegenüber Zuwanderung einnehmen: Trump steigt bei 59 Prozent der in den USA geborenen Arabern im Ansehen, nur bei 7 Prozent der nicht in den USA Geborenen. Außerdem haben die amerikanischen Muslime seit den Anschlägen vom 11. September 2001 die Sorge, in Kollektivhaft genommen zu werden. Eine durch muslimische Immigranten gestiegene Terrorgefahr – auch wenn sie nur subjektiv so wahrgenommen wird – ist nicht im Interesse der Muslime bzw. der arabischen Amerikaner in den USA.

### USA Präsidentschaftswahl: der neue Präsident muss vor allem den IS bekämpfen

Für eine Mehrheit der Amerikaner werden die Beziehungen zu Israel auf höchster exekutiver Ebene bestimmt. Auch deshalb ist besonders wichtig, wer in dieses Amt gewählt wird. Die Umfrageergebnisse spiegeln dabei die aktuelle Lage wieder, wie sie ähnlich auch in anderen Umfragen beschrieben wird: Hillary Clinton ist Favoritin bei den Demokraten mit 22 Prozent. Bernie Sanders kommt auf immerhin 15 Prozent - Demokraten liegen also insgesamt bei 37 Prozent. Sowohl bei jüdischen, wie auch bei arabischen Amerikanern bekommen Hillary Clinton (jüd.: 43 Prozent, arab.: 53 Prozent) wie auch Bernie Sanders (jüd.: 19 Prozent, arab.: 25 Prozent) jeweils überdurchschnittliche Unterstützung.

Bei den Republikanern bekommt Donald Trump mit 10 Prozent die höchste Zustimmung (auch bei den „Independents“ liegt er bei 10 Prozent und bekommt Stimmen von demokratischen Wählern), Ted Cruz auf 9 Prozent, Marco Rubio auf 7 Prozent, Ben Carson auf 5 Prozent und John Kasich auf 3 Prozent. Die Zahl der Unentschiedenen liegt bei 23 Prozent. Am Ende wird Präsident bzw. Präsidentin, wer das eigene Lager mobilisieren und einen entscheidenden Teil der Unentschiedenen bzw. „Independents“ für sich gewinnen kann.

Alle Kandidaten bekommen aber insgesamt schlechte Bewertungen:

### Do you have a more favourable or less favourable impression of...

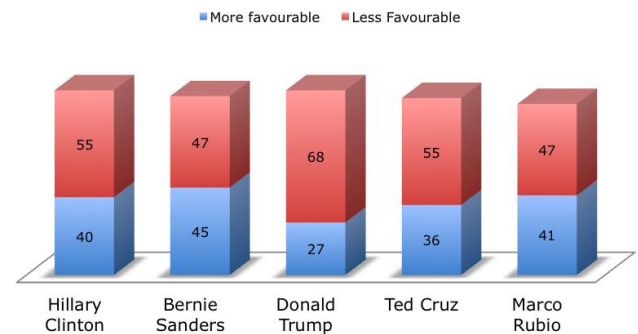


Abb. 8: Die Einschätzung der US-Präsidentschaftskandidaten

Damit haben alle Kandidaten netto betrachtet negative Bewertungen: mehr Befragte sehen sie negativ als positiv. Dies dürfte auch Ausdruck einer generellen Stimmung sein: Das politische Personal steht sehr niedrig im Ansehen. Mit keinem der Kandidaten sind Mehrheiten wirklich zufrieden.

In Bezug auf die außenpolitischen Aufgaben, die auf den nächsten US-Präsidenten warten, gibt eine Mehrheit mit fast 42 Prozent an, dass dies der Kampf gegen den IS und den globalen Terror sei. Das ist angesichts der gegenwärtigen Wahrnehmung von Bedrohung wenig überraschend. Vor allem machen sich jüngere Amerikaner (18-29-Jährige) Sorgen, 53 Prozent sehen den IS und Terror als wichtigste außenpolitische Aufgabe. Die letzten Anschläge in San Bernardino und Baltimore hatten die Gefährdung der Öffentlichkeit erst kürzlich wieder vor Augen geführt. Auch die in den Medien veröffentlichten Videos und Bilder über die menschenverachtende Brutalität des IS dürften große Wirkung gehabt haben. Die Anschläge von Paris wurden von vielen Amerikanern auch als Anschlag auf „den Westen“ verstanden und hatten hohe Sympathie mit Frankreich ausgelöst.

An zweiter Stelle der wichtigen Aufgaben des nächsten Präsidenten wird mit 14 Prozent China (Sicherheits- und Handelsfragen) genannt. In einem wachsenden und zunehmend auch in Sicherheitsfragen aggressiver auftretenden China sehen viele Amerikaner die Herausforderung, aber auch die Chancen in der Zukunft. Präsident Obama und die Unterstützer des Transpazifischen Freihandelsabkommens, das dem Kongress zur Ratifizierung vorliegt, weisen auf die aggressive Handelspolitik Chinas als eines der Hauptargumente für die Notwendigkeit von



TPP. Auch im Wahlkampf sind China und Handelsfragen ein wichtiges Thema.

Der israelisch-palästinensische Konflikt rangiert bei der Liste der Aufgaben, die auch die iranische Nuklearbedrohung, Nordkorea, Russlands Rolle in der Ukraine und in Syrien umfasst, an letzter Stelle. Auch Russland wird in der Öffentlichkeit kaum als Bedrohung wahrgenommen. In Syrien kooperiert man, in der Ukraine scheint das russische Interesse am Konflikt zurückzugehen. Auf keinen Fall sieht es für die meisten nach einem neuen „Kalten Krieg“ aus.

### **Beziehungen USA-Israel wichtig, Nahostkonflikt aber nicht Priorität**

Zwar steht der israelisch-palästinensische Konflikt nicht oben auf der Prioritätenliste. Die Beziehungen zu Israel sind jedoch nach wie vor für die Amerikaner wichtig (s.o.).

Im Wahlkampf hatten Israel und der Nahostkonflikt zuletzt bei einer republikanischen Fernsehdebatte eine Rolle gespielt. Dabei hat Donald Trump wiederum ein Tabu gebrochen: Als Republikaner hat er sich im Nahostkonflikt nicht klar auf die Seite Israels gestellt. Er will dagegen im Konflikt von einer neutralen Position aus verhandeln.

Die anderen Kandidaten haben dagegen sofort deutlich gemacht, dass sie bedingungslos auf der Seite Israels stehen. Für die Frage, ob ein Demokrat oder ein Republikaner besser in der Lage wäre, den Konflikt zu lösen, sehen die Amerikaner kaum einen Unterschied: Rund 39 Prozent halten einen Demokraten im Präsidentenamt für besser, 40 Prozent halten einen Republikaner für besser. Unter jüdischen Amerikanern jedoch glauben fast 47 Prozent, dass ein Demokrat besser für die Lösung des Konflikts sei, nur 20 Prozent glauben ein Republikaner sei besser. Insgesamt spiegelt sich hier wohl auch, dass jüdische Amerikaner in der Mehrheit traditionell Wähler der Demokraten sind. Auch die arabischen Amerikaner bevorzugen mit ca. 69 Prozent (vs. 7 Prozent) einen Demokraten für die Lösung des Konfliktes.

Fragt man jedoch, wer der bessere Präsident für die Beziehungen mit Israel sei, so ist die Antwort für eine knappe Mehrheit: ein Republikaner (43 Prozent vs. 38 Prozent). Allerdings halten die jüdischen Amerikaner mit 48 Prozent einen Demokraten für einen besseren Präsidenten, wenn es um die Beziehungen zu Israel geht - nur 22 Prozent glauben, ein Republikaner sei besser.

Ähnlich sehen dies übrigens auch die amerikanischen Araber: 76 Prozent Demokrat vs. 10 Prozent Republikaner.

Mit 59 Prozent sieht eine Mehrheit der Amerikaner, dass Deutschland das Existenzrecht Israels anerkennt. 81 Prozent glauben dies von der US-Regierung, nur 21 Prozent von der Palästinensischen Autonomiebehörde.

Als „ehrlichen Makler“ zwischen Israelis und Palästinensern sieht eine Mehrheit die Vereinten Nationen, bei den jungen Amerikanern (18-29 Jahre) sind es sogar 57 Prozent, für die die Vereinten Nationen am effektivsten vermitteln könnten. Gefragt nach der zweiten Wahl, bekommt die Europäische Union mit 33 Prozent die höchste Zustimmung. Auch hier wird deutlich, dass die Europäische Union als positive Kraft angesehen wird.

Die Beziehungen zwischen den USA und Israel werden von den politischen Führern bestimmt: die meisten Befragten (38 Prozent) glauben, dass es Präsident Obama und Ministerpräsident Netanjahu sind, die die Beziehungen entscheidend beeinflussen und gestalten. Weniger entscheidend sind andere Institutionen wie der US-Kongress, die jüdische Community, Medien, Interessengruppen, NROs und individuelle Politiker.

### **Siedlungspolitik als zentrales Thema**

Die Siedlungspolitik spielt bei der Wahrnehmung des Nahostkonfliktes eine zentrale Rolle. Sie ist auch ein Hauptkritikpunkt der US-Regierung.

Generell ist zunächst eine Mehrheit der Amerikaner der Auffassung, die US-Regierung dürfe die israelische Regierungspolitik kritisieren: 54 Prozent sind dafür, 38 Prozent dagegen. Das gleiche Bild findet sich unter der jüdischen Bevölkerung: rund 52 Prozent sind dafür, 38 Prozent dagegen.

Für die frühen Bemühungen Obamas für einen Neustart der Verhandlungen waren die Siedlungen ein Kernthema. Obama hatte von Israel einen absoluten Siedlungsstopp gefordert, der in dieser Weise vorher nicht US-Politik war. Die Sicht der Siedlungspolitik unter den Amerikanern ist gemischt: 43 Prozent der Befragten gaben an, die israelische Siedlungspolitik zu unterstützen, fast 32 Prozent lehnen sie ab. Erstaunlich ist, dass immerhin auch 41 Prozent der arabischen Amerikaner die Siedlungspolitik unterstützen, rund 45 Prozent lehnen sie ab. Noch höher ist die Zustimmung mit 53 Prozent bei den in den USA geborenen Arabern, 39 Prozent



lehnen sie ab. Dies lässt möglicherweise darauf schließen, dass die Solidarität mit den Palästinensern bei denjenigen Arabern abnimmt, die in den USA bereits etabliert sind. Damit passt zusammen, dass 60 Prozent der nicht in den USA geborenen Araber die Siedlungspolitik ablehnen, nur 11 Prozent unterstützen sie. Die Araber in den USA sind auch in dieser Frage nicht homogen. Um diese überraschenden und nicht sofort nachvollziehbaren Befunde wirklich schlüssig erklären können, bedarf es jedoch weiterer Forschungsarbeiten.

Nicht homogen urteilen auch die jüdischen Amerikaner: 59 Prozent unterstützen die Siedlungspolitik, rund 30 Prozent lehnen sie ab, wobei GOP-Wähler (Republikaner) unter den Juden mit 70 Prozent die Siedlungspolitik unterstützen, und nur 48 Prozent der jüdischen Wähler der Demokraten.

Abschließend lässt sich festhalten: Deutschland und Europa genießen in den USA sehr hohes Ansehen und werden als enge Verbündete gesehen. Die Beziehungen basieren für die Amerikaner vor allem auf Interessen. Die Bundeskanzlerin ist in den USA besonders beliebt, was in starkem Kontrast zum eigenen politischen Personal in den USA steht. Die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung wird sehr positiv bewertet.

Die Beziehungen der USA zu Israel sind nach wie vor besonders wichtig. Bei der Frage, worum sich der neue Präsident vor allem kümmern sollte, tritt der Nahostkonflikt jedoch ganz in den Hintergrund. Für die Lösung des Konfliktes wird es als wenig erheblich angesehen, ob ein Demokrat oder Republikaner das Präsidentenamt hält. Interessant ist zudem, dass die Vereinten Nationen und die Europäische Union als geeignete „ehrliche Makler“ für die Lösung des Nahostkonfliktes gesehen werden.

#### **IV. DER BLICK AUF DEUTSCHLAND, ISRAEL UND DIE USA AUS PALÄSTINENSISCHER PERSPEKTIVE (MARC FRINGS)**

##### **Ausgangslage: Deutsch-Palästinensische Beziehungen**

Die Beziehungen zwischen Ramallah und Berlin sind von ausgesprochener Nähe gekennzeichnet. In diesem Jahr wird in der deutschen Hauptstadt erneut der 2009 ins Leben gerufene Lenkungsausschuss zusammenkommen, um in ausgewählten Politikfeldern Kooperationen zu vertiefen und/oder zu vereinbaren. Dieses besondere Instrument deutscher Außenpolitik ist ohne weiteres mit den Regierungskonsultationen vergleichbar, wie sie Ber-

lin mit nur wenigen ausgewählten Industrie- und Schwellenländern (bspw. Frankreich, Indien und Israel) unterhält.

Nach dem Krieg zwischen Israel und der radikalislamischen Hamas im Gaza-Streifen (Sommer 2014) hat die deutsche Bundesregierung ihre Mittel für Entwicklungsprojekte erhöht, sodass zuletzt etwa 215 Mio. EUR von Deutschland zur Verfügung gestellt wurden, um sowohl langfristige politische und technische als auch humanitäre Hilfe (Linderung der humanitären Katastrophe im Gaza-Streifen, wo derzeit die Hälfte der 1.9 Millionen Bewohner auf Lebensmittelhilfen angewiesen ist) zu leisten.<sup>18</sup>

Die deutsche Rolle wird von palästinensischer Seite sehr aufmerksam verfolgt: Dass sich die Bundesregierung bei der Abstimmung in der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Oktober 2012 enthielt, als der Status von Palästina zum „beobachtenden Nicht-Mitglied“ aufgewertet wurde, wurde sehr wohlwollend in Ramallah aufgenommen. Oder in den Worten eines PLO-Sprechers im Gespräch mit dem Verfasser: „Die Enthaltung Deutschlands war für uns wichtiger als zehn Ja-Stimmen aus befreundeten Staaten.“

Die USA haben nach der gescheiterten Vermittlungsinitiative von Außenminister John Kerry (Frühjahr 2014) angekündigt, dass bis zu den Präsidentschaftswahlen im November 2016 aus Washington mit keinem neuen Friedensplan zu rechnen ist. Mit großer Aufmerksamkeit verfolgte man in Ramallah die jüngsten Einlassungen des US-Spitzenpersonals zur Lage in Nahost: während Minister Kerry im Dezember 2015 vor einem „binationalen Staat“ warnte, sollte die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) scheitern und aufgelöst werden,<sup>19</sup> sorgten Aussagen des US-Botschafters in Israel, Dan Shapiro, im Januar 2016 für Aufregung: Angesprochen auf die Angriffe jüdischer Extremisten auf palästinensische Bewohner des Westjordanlandes, stellte er fest: „...At times it seems Israel has two standards of adherence to rule of in the West Bank – one for Israelis and one for Palestinians.“<sup>20</sup>

<sup>18</sup> Letzte verfügbare Zahlen zur deutschen Hilfe stammen aus dem Jahr 2014.

<sup>19</sup> Al-Jazeera, Netanyahu rejects Kerry's warning of Israel becoming binational state, 06.12.2015, <http://goo.gl/P3ofqE>.

<sup>20</sup> Barak Ravid, U.S. Ambassador: Israel Has Legal Double Standard in West Bank, Haaretz, 18.01.16, <http://goo.gl/8e8K1p>.



Damit, so die palästinensische Lesart, nähern sich die USA spürbar den Positionen der EU an. Brüssel hatte im November 2015 eine Richtlinie zur bereits 2012 getroffenen Entscheidung zur korrekten Kennzeichnungspflicht von Produkten aus jüdischen Siedlungen aus den besetzten Gebieten (Golan, Westjordanland, Ost-Jerusalem) veröffentlicht und wiederholt, dass Produkte aus den Siedlungen nicht „Made in Israel“ seien und so einer korrekteren Etikettierung bedürfen.

Die vergangenen Monate waren und sind von einer neuerlichen Gewaltwelle in Israel und den Palästinensischen Gebieten gekennzeichnet. Zugleich sanken die Zustimmungsraten von Palästinenserpräsident Mahmud Abbas in seinem elften Regierungsjahr auf einen neuen Tiefpunkt; auch bezweifelt eine Mehrheit von 90 Prozent der Palästinenser, dass die israelische Regierung sich noch an die Oslo-Friedensverträge gebunden fühlt.

### Geographische und gesellschaftliche Unterschiede

Die folgenden Ausführungen sind als Fortschreibung der Umfrageergebnisse aus dem Jahr 2014 zu verstehen. Es wird ein allgemeines Bild beschrieben. Geographische und geschlechterspezifische Unterschiede können so zusammengefasst werden:

- Im Westjordanland ist das Bild der Deutschen positiver als im Gaza-Streifen;
- Im Gaza-Streifen traut man Deutschland indes eher als im Westjordanland zu, zwischen Israelis und Palästinensern vermitteln zu können;
- Es sind mehr Männer als Frauen davon überzeugt, dass die deutsche Nahostpolitik Israel bevorzugt;
- Wer regelmäßig das Internet und soziale Medien konsultiert und über einen höheren Bildungshintergrund verfügt, hat ein tendenziell besseres Bild von Deutschland, seiner Außenpolitik und Bundeskanzlerin Angela Merkel. Damit steigt aber auch die kritische Perspektive: mit dem Bildungshintergrund steigt die Skepsis, ob Deutschland zwischen Israelis und Palästinensern vermitteln kann;
- Das Alter ist eine weitestgehend zu vernachlässigende Variable. Lediglich bei der Relevanz der Geschichte gibt es Unterschiede: Die junge Generationen glaubt weniger als die ältere daran,

dass Deutschland wegen des Holocausts Israel immer unterstützen wird.

### Das Deutschlandbild der Palästinenser

Deutschland ist auch im Jahr 2016 beliebt bei den Palästinensern (Abb. 9): 69 Prozent haben einen sehr guten oder guten Eindruck von Deutschland und 70 Prozent bewerten die Deutschen positiv. Man schätzt Deutschland als modernes Land (52 Prozent), aus dem die „besten Produkte der Welt“ kommen (Zustimmung 65 Prozent). Damit hat sich das Bild der Deutschen unter den Palästinensern noch einmal sehr verbessert: In der 2014 durchgeführten Umfrage hatten 49 Prozent ein positives Deutschlandbild.

#### Do you have a FAVOURABLE or UNFAVOURABLE impression of Germany?

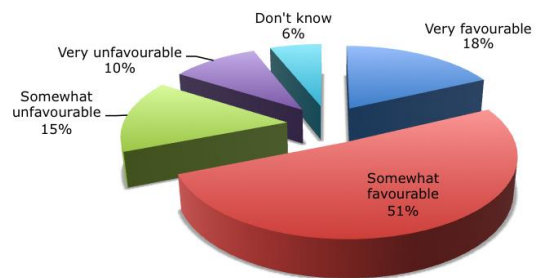


Abb. 9: Das Deutschlandbild der Palästinenser

Mit dem Anstieg des Ansehens geht eine höhere Erwartungshaltung einher: obwohl die Einstellung zur deutschen Außenpolitik eher verhalten ist (45 Prozent haben einen positiven, 42 Prozent einen negativen Eindruck), wünschen sich 60 Prozent (2014: 52 Prozent) eine aktivere Rolle für Deutschland in den internationalen Beziehungen.

59 Prozent (2014: 46 Prozent) zeigen sich davon überzeugt, dass die deutsche Regierung für einen Frieden zwischen Israelis und Palästinensern eintritt. Dies ist ein beachtliches Ergebnis, berücksichtigt man, dass es derzeit keinen Nahost-Friedensprozess gibt. Es dominiert die Vorstellung unter den Palästinensern, dass weder die USA (33 Prozent) noch Israel (20 Prozent) für Frieden zwischen beiden Völkern eintreten. Die positiven Werte für die Bundesregierung spiegeln sich auf die gesellschaftliche Betrachtung: 68 Prozent stimmen der Aussage zu, dass die Deutschen einen Frieden zwischen Palästinensern und Israelis unterstützen, während man dies nur 47 Prozent der US-Amerikaner und 30 Prozent der Israelis zutraut.





Im Ergebnis sieht man in Deutschland einen „ehrlichen Vermittler“ (Zustimmung ca. 50 Prozent; Abb. 10) zwischen Israelis und Palästinensern – eine Aufgabe, die bestenfalls noch die EU (46 Prozent) aus Sicht der Palästinenser übernehmen könnte, aber auf keinen Fall die USA (Zustimmung bei lediglich 21 Prozent). Dies ist eine bemerkenswerte Verbesserung zur letzten Umfrage, als nur 28 Prozent Deutschland zutrauten, zwischen den Konfliktparteien vermitteln zu können.

#### Germany is an "honest broker" between Israelis and Palestinians.

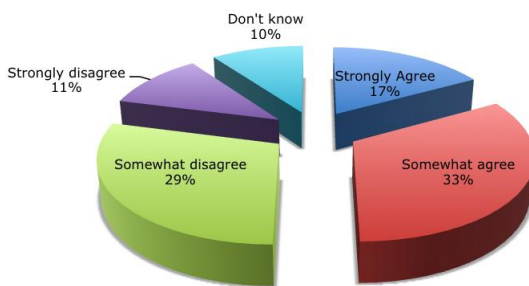


Abb. 10: Deutschland als „ehrlicher Vermittler“

Trotz des durchweg positiven Bildes der Deutschen wünscht sich eine Mehrheit von 31 Prozent der Palästinenser die Europäische Union als Vermittlerin zwischen den israelischen und palästinensischen Konfliktakteuren; Deutschland (26 Prozent) und die Vereinten Nationen (24 Prozent) folgen der EU dicht; abgeschlagen indes sind hier die Vereinigten Staaten (acht Prozent).

#### Deutsch-palästinensische Beziehungen: Bilateral plus eins

Während Deutschland für seine Innovationskraft bewundert wird (s.o.), werden die Befragten kritisch, wenn es um Berlins Rolle im Nahost-Konflikt geht. So sind die deutsch-palästinensischen Beziehungen nicht allein in ihrer bilateralen Verfasstheit zu betrachten: Ramallah und Berlin begegnen sich immer auch im Abgleich zu den Beziehungen Berlins zu Tel Aviv (vgl. Abb. 11). So empfinden zwar 19 Prozent die Beziehungen zwischen Deutschland und der palästinensischen Autonomiebehörde als freundschaftlich, aber 25 Prozent geben an, dass das bilaterale Verhältnis instabil ist.

#### How would you describe the German-Israeli relationship, as STRONG or WEAK?

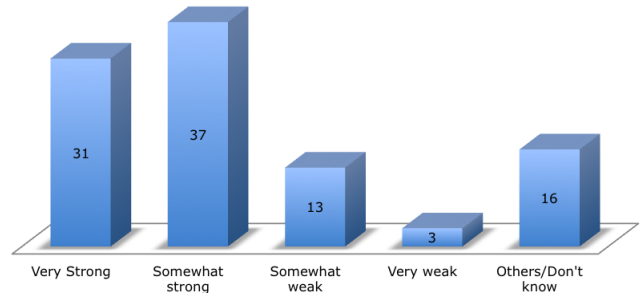


Abb. 11: Einschätzung der deutsch-israelischen Beziehungen

Eine Mehrheit von 34 Prozent zeigt sich überzeugt, dass die deutsche Israelpolitik über 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs von Schuldgefühlen motiviert ist. Nur 18 Prozent glauben, dass aus der deutschen Verantwortung für den Holocaust ein politisches Interesse Berlins an einem Frieden zwischen Israelis und Palästinenser erwächst. Eine Mehrheit (48 Prozent) leitet so aus der deutschen Nahostpolitik eine israelische Bevorzugung ab und annähernd genauso viele (47 Prozent) geben an, dass die deutsche Unterstützung für Israel auch die seit 1967 anhaltende Besetzung palästinensischer Gebiete stützt.

Besonders kritisch werden deutsche Rüstungslieferungen an Israel gesehen, während 71 Prozent die kritische Haltung von Bundeskanzlerin Angela Merkel zum israelischen Siedlungsbau in den besetzten Gebieten („kontraproduktiv“ angesichts des Ziels einer Zwei-Staaten-Lösung) begrüßen.

Bemerkenswert: 73 Prozent leiten aus dem Holocaust auch einen Anspruch auf „besondere Beziehungen“ zwischen Deutschland und den Palästinensern ab.

Nur 42 Prozent bezeichnen die deutsch-palästinensischen Beziehungen als „stark“. Unter Hinzuziehung der Werte für die Beziehungen zu den USA (16 Prozent) und zu Israel (sieben Prozent) ist dies aber immer noch ein überragendes Ergebnis. Auch stimmen zwei Drittel der Befragten der Aussage zu, dass die deutsche Bundesregierung die palästinensische Forderung nach einem eigenen Staat unterstützt. 34 Prozent sagen dies über die US-Regierung und 23 Prozent über die israelische Regierung.

Konfrontiert man die Befragten mit den Zahlen der deutschen Entwicklungshilfe an die Palästinenser (s.o.) steigt





das positive Bild Deutschlands auf 86 Prozent; auch begrüßen es 53 Prozent, dass sich Deutschland im Kampf gegen den IS engagiert.

Man ist sich der strategischen Bedeutung Deutschlands für die eigenen nationalen Ziele bewusst: 30 Prozent geben an, dass man innerhalb der EU mit Berlin die besten Beziehungen unterhalten sollte. Auf Platz zwei folgt mit 20 Prozent Frankreich, von wo derzeit indes die vernünftigeren Versuche für eine Wiederbelebung des Nahost-Friedensprozesses kommen.

44 Prozent geben an, dass die deutsche Position zum Nahost-Konflikt mit denen anderer EU-Mitgliedsstaaten vergleichbar ist; 36 Prozent sagen, dass die deutsche Position gerechter und zwölf Prozent ungerechter für die palästinensische Sache ist. Hier schneidet Deutschland überraschend gut ab, denn in jüngster Zeit forderten vor allem Parlamente anderer EU-Mitglieder (darunter Großbritannien, Frankreich und zuletzt Griechenland) ihre Regierungen dazu auf, Palästina als Staat anzuerkennen.<sup>21</sup>

### Palästinensischer Blick auf die deutsch-palästinensischen Beziehungen

Es zeichnet sich auf palästinensischer Seite ein hohes Verständnis für Deutschlands Verantwortung gegenüber Israel ab. Wie schon 2014 erkennen 47 Prozent an, dass Israel und Deutschland aufgrund des Holocaust auch in Zukunft besondere Beziehungen unterhalten werden. 43 Prozent leiten aus der historischen Verantwortung für den Holocaust auch die deutsche Unterstützung Israels für die Zukunft ab; 48 Prozent – das sind zehn Prozent mehr als noch 2014 – geben indes an, dass die historische deutsche Verantwortung für den Holocaust nicht der Hauptfaktor ist, der für Deutschland die Beziehungen zu Israel konstituiert. Zugleich finden 70 Prozent, dass die deutsch-israelischen Beziehungen von gemeinsamen Interessen charakterisiert sind.

68 Prozent der befragten Palästinenser beschreiben die deutsch-israelischen Beziehungen als stark; die Wahrnehmung dieses Verhältnisses fällt weiter hinter dem Blick auf die US-israelische Kooperation zurück: 94 Prozent geben an, dass die Beziehungen zwischen Washington und Tel Aviv stark seien. Dass Deutschland das Existenzrecht Israels unterstützt, befürworten 54 Prozent

(2014: 55 Prozent). Nur 40 Prozent unterstützen die Aussage, wonach die Palästinensische Autonomiebehörde das israelische Existenzrecht unterstützt.

### Deutsches Agieren in der Flüchtlingskrise wird genau verfolgt

Die europäische Flüchtlingskrise wird in der arabischen Welt im Allgemeinen und in der palästinensischen Öffentlichkeit im Besonderen sehr intensiv diskutiert. 88 Prozent der befragten Palästinenser unterstützen die deutsche Entscheidung, im Verlauf des vergangenen Jahres über eine Million Flüchtlinge aufgenommen zu haben. Dies hat die Wahrnehmung Deutschlands aus der Sicht von 86 Prozent der Befragten positiv beeinflusst (Abb. 12).

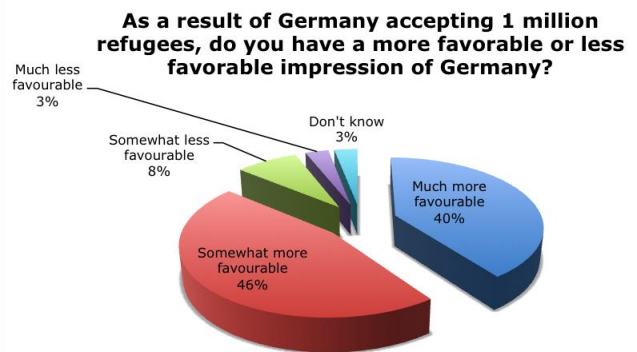


Abb. 12: Das Deutschlandbild im Hinblick auf die deutsche Flüchtlingspolitik (palästinensische Perspektive)

Auch gehen 59 Prozent davon aus, dass sich Deutschland durch den Flüchtlingszustrom positiv verändern wird; 57 Prozent erwarten konkrete Verbesserungen in den deutsch-palästinensischen Beziehungen hierdurch. Zwei Drittel leiten die deutsche Flüchtlingspolitik aus einer „moralischen Verantwortung“ aufgrund der Nahostpolitik ab. Allerdings geben auch 70 Prozent zu Protokoll, dass der deutsche Umgang in der Flüchtlingskrise humaner ist als die Strategie anderer arabischer Staaten im Nahen und Mittleren Osten.

### Kaum Wissen, kaum Interesse: Vorwahlkampf in den Vereinigten Staaten

Im Januar 2017 wird Barack Obama aus dem Amt des US-Präsidenten ausscheiden. Gefragt, wer ihm ins Weiße Haus nachfolgen sollte, bevorzugten 20 Prozent die Demokratin Hillary Clinton, gefolgt von dem zwischenzeitlich aus dem Rennen ausgeschiedenen Ex-Senator Jeb Bush sowie Donald Trump (beide Republikaner) mit je-

<sup>21</sup> Am weitesten ging Schweden, das als einziges westeuropäisches Land Palästina im Oktober 2014 voll anerkannte.



weils drei Prozent. Die deutliche Präferenz unter Palästinensern für die ehemalige US-Außenministerin – sie führt das Kandidatenfeld auch bei der Frage nach positiver Wahrnehmung an – überrascht: in ihren jüngsten Statements zum Nahen und Mittleren Osten hatte sie deutlich Position für Israel bezogen.

Der Schluss liegt nahe, dass die US-Präsidentschaftswahlen zu einem so frühen Stadium im Wahlkalender noch kein öffentliches Interesse auslösen. Die meisten Kandidaten sind schlichtweg (noch) nicht bekannt: 19 Prozent können mit dem Namen Clintons nichts anfangen, 68 Prozent haben den Namen ihres einzigen demokratischen Konkurrenten Bernie Sanders noch nie gehört. Auf republikanischer Seite sieht es ähnlich aus: selbst den führenden Kandidaten Donald Trump kennen 59 Prozent der Befragten nicht.

In den palästinensischen Gebieten hat sich Ernüchterung angesichts der US-Rolle breitgemacht: 27 Prozent glauben, dass ein demokratischer Präsident besser für die US-palästinensischen Beziehungen wäre, während 17 Prozent dies einem republikanischen Präsidenten zutrauen. Aber 52 Prozent geben an, dass es für eine mögliche Wiederbelebung des Friedensprozesses keinen Unterschied macht, aus welchem politischen Lager der nächste Präsident stammt.

Während eine Mehrheit von 79 Prozent die kontroverse Forderung von Donald Trump nach einem temporären Einreiseverbot von Muslimen in die USA ablehnt, begrüßen 59 Prozent Hillary Clintons Aussage, wonach die Zwei-Staaten-Lösung weiterhin die beste Konfliktregelungsform im Nahen Osten wäre.

Während die in den USA durchgeführte Umfrage einen gesonderten Fokus auf die jüdischen und arabischen Teile der Gesellschaft legt, wurde unter den Palästinensern nach der Wahrnehmung dieser Gruppen gefragt. Lediglich zwölf Prozent glauben, dass die arabische Gemeinde in den USA einen Einfluss auf die US-Außenpolitik hat; 82 Prozent attestieren dieser Gruppe politische Bedeutungslosigkeit. Im Gegensatz dazu geben 76 Prozent an, dass die jüdische Gemeinde in den USA einen signifikanten Einfluss auf die Außenpolitik ihres Landes hat.

Die außenpolitische Priorität der nächsten US-Administration sollte dem Kampf gegen den IS-Terror und dem internationalen Terrorismus gelten, sagen 28 Prozent. An zweiter Stelle folgt der israelisch-palästinensische Friedensprozess, gefolgt von dem Umgang mit dem Iran in Folge des Atomabkommens. Ob-

wohl sich (s.o.) nur acht Prozent für eine größere Rolle der USA im Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern aussprechen, geben 59 Prozent an, dass sie sich von dem nächsten US-Präsidenten einen Fokus auf den Nahost-Friedensprozess wünschen.

**IMPRESSUM****Herausgeber und Ansprechpartner:**

Konrad-Adenauer-Stiftung  
Auslandsbüro Israel  
Rabbi Akiva Street 8  
P.O. Box 7968  
9107901 Jerusalem  
Tel.: +972 2 567 7050  
Fax.: +972 2 567 18 31  
E-Mail: office.israel@kas.de

Konrad-Adenauer-Stiftung  
Auslandsbüro USA  
2005 Massachusetts Avenue NW  
Washington, D.C. 20036  
U.S.A.  
Tel.: +1 202 464 58 40  
Fax: +1 202 464 58 48  
E-Mail: [washington@kas.de](mailto:washington@kas.de)

Konrad-Adenauer-Stiftung  
Auslandsbüro Palästinensische Gebiete  
Tawfiq Zayyad St. #3  
Al-Bireh/ Ramallah  
P.O. Box 27242  
91272 Jerusalem  
Tel.: +972 2 2404305/6  
Fax: +972 2 2404307  
E-Mail: Info.Ramallah@kas.de

**Autoren:**

Dr. Michael Borchard, Dr. Lars Hänsel, Marc Frings

**Wissenschaftliche Mitarbeiterin:** Daliah Marhöfer

**Redaktion und Gestaltung:** Daliah Marhöfer

**MÄRZ 2016****KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG E.V.**